



Sächsischer Landtag

134. Sitzung
4. Wahlperiode

Beginn: 11:02 Uhr

Donnerstag, 19. März 2009, Plenarsaal

Schluss: 14:25 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Eröffnung	11225	Dr. Monika Runge, Linksfraktion	11250
Bestätigung der Tagesordnung	11225	Horst Rasch, CDU	11250
Fortbestand des Chipherstellers QIMONDA am IT-Standort Dresden sichern! Drucksache 4/15046, Antrag der Linksfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	11225	Antje Hermenau, GRÜNE	11250
Stefan Brangs, SPD	11225	Horst Rasch, CDU	11251
Antje Hermenau, GRÜNE	11225	Stefan Brangs, SPD	11251
Caren Lay, Linksfraktion	11225	Tino Günther, FDP	11252
Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	11226	Stefan Brangs, SPD	11252
Dr. André Hahn, Linksfraktion	11230	Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion	11253
Antje Hermenau, GRÜNE	11234	Stefan Brangs, SPD	11253
Steffen Flath, CDU	11237	Stanislaw Tillich, Ministerpräsident	11254
Martin Dulig, SPD	11239	Sven Morlok, FDP	11256
Holger Apfel, NPD	11240	Caren Lay, Linksfraktion	11256
Holger Zastrow, FDP	11243	Dr. André Hahn, Linksfraktion	11258
Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion	11245	Antje Hermenau, GRÜNE	11258
Sven Morlok, FDP	11245	Änderungsantrag der Fraktion der NPD, Drucksache 4/15072	11258
Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion	11245	Dr. Johannes Müller, NPD	11259
Antje Hermenau, GRÜNE	11247	Abstimmung und Ablehnung	11259
Horst Rasch, CDU	11248	Abstimmung und Ablehnung Drucksache 4/15046	11259
Sven Morlok, FDP	11249	Nächste Landtagssitzung	11259
Horst Rasch, CDU	11249		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 11:02 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 134. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Schön, Herr Dr. Friedrich und Herr Prof. Dr. Milbradt.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 79 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages habe ich die 134. Sitzung für den heutigen Tag auf Verlangen der

Linksfraktion und der Fraktion GRÜNE einberufen. Ihnen liegt der Beratungsgegenstand vor.

Meine Damen und Herren! Auch die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Es wurden für den einzigen Tagesordnungspunkt folgende Redezeiten festgelegt: CDU 60 Minuten, Linksfraktion 40 Minuten, SPD 20 Minuten, NPD 15 Minuten, FDP 15 Minuten, GRÜNE 15 Minuten, fraktionslose MdL je 3 Minuten, Staatsregierung 40 Minuten.

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Anträge zur heutigen Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe deshalb den Tagesordnungspunkt auf:

Fortbestand des Chipherstellers QIMONDA am IT-Standort Dresden sichern!

Drucksache 4/15046, Antrag der Linksfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Fraktionen können dazu Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: Linksfraktion, GRÜNE, CDU, SPD, NPD, FDP, Staatsregierung.

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt eine Besonderheit, dass die Staatsregierung um das Wort gebeten hat. Ihr ist laut unserer Geschäftsordnung dann auch das Wort zu erteilen. Aber beide, sowohl der Wirtschaftsminister als auch der Ministerpräsident, sind bei den Demonstranten. Ich frage, ob akzeptiert wird, dass die Staatsregierung, obwohl abwesend, doch zuerst zu Wort kommt.

(Stefan Brangs, SPD, meldet Redebedarf an.)

– Bitte.

Stefan Brangs, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Innerhalb der SPD-Fraktion gibt es für den heutigen Tagesordnungspunkt noch Beratungsbedarf. Ich beantrage daher eine Auszeit.

(Lachen bei der Linksfraktion)

Präsident Erich Iltgen: Dann unterbreche ich für 15 Minuten.

(Antje Hermenau, GRÜNE, meldet Redebedarf an.)

– Bitte, Frau Hermenau.

(Unruhe bei der Linksfraktion, der FDP und den GRÜNEN)

– Augenblick! Keine Aufregung!

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident, der Antrag auf diese Sondersitzung liegt seit mehr als vier Arbeitstagen vor. Theoretisch hätte die SPD-Fraktion Möglichkeiten gehabt, sich über das Problem zu verständigen. Ich finde, es ist eine Brückierung des Parlaments, was hier gerade passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion, der NPD und der FDP)

Wir reden hier über die Würde und die Kraft dieses Parlaments. Es wird versucht, Zeit zu schinden, damit die Staatsregierung vorn Platz nehmen kann. Ich finde es ja löblich, wenn die Staatsregierung uns zuhört; das ist ein Novum in diesem Parlament. Aber ich bin der Auffassung, dass wir es als Parlament nicht dulden dürfen, dass hier solche Spielchen getrieben werden. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion, der NPD und der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Gut. – Nun ist die Staatsregierung in der Person des Ministerpräsidenten anwesend. Ich frage, ob der Herr Ministerpräsident zuerst das Wort nehmen will. – Das ist nicht der Fall.

(Caren Lay, Linksfraktion, meldet Redebedarf an.)

– Dann bekommen Sie jetzt das Wort. Bitte, Frau Lay.

Caren Lay, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich meiner Vorrednerin, Frau Hermenau, in vielem anschließen. Dieser Antrag auf Sondersitzung liegt seit vielen Tagen vor. DIE LINKE und GRÜNE haben gemeinsam diese Initiative ergriffen. Sie ist aus der Mitte des Parlaments, aus der Opposition heraus, entstanden. Deswegen denke ich, dass wir jetzt in die Tagesordnung einsteigen sollten, damit die Fraktionen, die diesen Antrag eingebracht haben, ihn jetzt auch begründen können.

Auszeiten kann die Koalition vor einer Abstimmung beantragen. So ist es in unserer Geschäftsordnung geregelt. Ich denke, dass wir in diese wichtige Debatte sofort einsteigen müssen.

(Beifall bei der Linksfraktion, der FDP,
den GRÜNEN und vereinzelt bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Auf Antrag der Koalitionsfraktionen unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten.

(Unterbrechung von 11:06 bis 11:20 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beantragte Auszeit ist zu Ende. Wir kommen damit zum angekündigten Tagesordnungspunkt 1 und beginnen mit der Aussprache.

Die Staatsregierung hat zuerst um das Wort gebeten. Herr Staatsminister Jurk, bitte.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich noch einmal für das Verständnis, dass die SPD-Fraktion gerade noch über die Demonstration gesprochen hat, wir uns noch einmal ausgetauscht haben und wir jetzt beginnen können.

(Beifall bei der SPD –
Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich sage das auch, weil Frau Hermenau hier ganz korrekt pünktlich saß und Herrn Dr. Gerstenberg zu den Demonstranten geschickt hatte, was Ihrerseits sicherlich arbeitsteilig möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige von uns sind heute Vormittag Seite an Seite mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Qimonda zum Sächsischen Landtag geschritten.

Einige von uns waren gerade bei der Kundgebung der Gewerkschaften zum Erhalt des Werkes.

Einige von uns hatten in den vergangenen Wochen lange Gespräche mit Beschäftigten, mit Vorständen, aber auch mit Vertretern von Zulieferern und anderen Partnern des Werkes.

Nicht einige, sondern viele von uns wollen, dass wir alles tun, um Qimonda am Standort Dresden zu erhalten. Ich bin froh darüber, dass wir uns fraktionsübergreifend einig sind, alles nur Mögliche zu tun, um Qimonda zu retten.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich danke all jenen von Ihnen, die mich in den vergangenen Monaten im Kampf um den Erhalt von Qimonda unterstützt, ihre Mithilfe angeboten und sich eingebracht haben. Viele von Ihnen hier im Hohen Haus und viele Bürgerinnen und Bürger des Freistaates fragen sich, warum wir bereit sind, für die Rettung von Qimonda Millionen auszugeben.

Ich will deshalb zu Beginn die Frage klären, warum Qimonda für den Freistaat eine solche zentrale Bedeutung hat. Eine wichtige Antwort steht draußen vor dem Landtag. Es sind die Kolleginnen und Kollegen, die bei Qimonda gute Arbeit leisten und vor allem weiter leisten wollen; und es sind deren Familien.

Um sich ein Bild von der strategischen Bedeutung von Qimonda insgesamt zu machen, sollte man nicht zuerst auf den Speicherbaustein DRAM blicken, den Qimonda produziert und vertreibt, sondern auch auf die Herstellungstechnologie. Diese Technologie stellt die Spitze des derzeit industriell Machbaren dar und bildet die Basis für die Zukunft für weite Teile der Mikroelektronik weltweit. Das gigantische Volumen des Speichermarktes erlaubt es, derart kapitalintensive Technologien zu entwickeln und industriell umzusetzen. Die so geschaffene Basis an technologischem Know-how ist von unschätzbarem Wert für die Fertigung künftiger Generationen von Halbleiterprodukten.

Qimonda ist mit dieser Technologie, der inzwischen bekannten Buried Wordline, den Mitbewerbern um mehr als ein Jahr in der Entwicklung voraus.

Ich will nochmals sagen, was ich schon im Januar erklärt habe: Qimonda ist uns nicht wegen der Vergangenheit wichtig, auch nicht wegen der Gegenwart, sondern wegen der Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Wir glauben an den Vorsprung und an die Marktchancen durch den technologischen Vorsprung, der aus der Dresdner Ingenieurkunst hervorgegangen ist.

Wir glauben an den Vorsprung und an die Marktchancen in der Zukunft. Für den Erfolg in der Zukunft arbeiten bei Qimonda rund 3 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Dresden.

Weitere 5 000 Sächsinen und Sachsen sind im Zulieferbereich vom Dresdner Werk abhängig, häufig kleine und mittelständische Unternehmen.

2 000 Geschäftspartner sind mit Qimonda Dresden verbunden. Allein 550 lokale Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit Qimonda und realisieren dabei teilweise bedeutende Teile ihrer Umsätze.

Wer sind diese 3 000 Beschäftigten, um deren Arbeitsplätze es geht? Nein, meine Damen und Herren, es sind eben keine prekär Beschäftigten, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für gute Arbeit einen anständigen Lohn bekommen. Rund die Hälfte der Mitarbeiter verfügt über eine technische oder naturwissenschaftliche Ausbildung an einer Universität, Fachhochschule oder Fachschule. Mit dieser Struktur nimmt Qimonda eine Schlüsselstellung für die Konzentration von ingenieurtechnischem Potenzial im Freistaat Sachsen ein.

Auch die anderen circa 50 % der Mitarbeiter verfügen fast durchweg über einen hoch qualifizierten Berufsabschluss. All diese Menschen mit ihrem Können und ihrem hohen Einsatz in den letzten Jahren haben es geschafft, dass Qimonda Dresden durch seine umfassende Vernetzung mit Partnern in Industrie und Forschung eine zentrale und tragende Funktion für die Entwicklung der Mikroelektronik in Dresden gewinnen konnte.

Kommen wir zu Qimonda und der Forschung, das NaMLab, das Fraunhofer CNT und das Advanced Mask Technology Center AMTC.

Ich will nur diese drei wesentlichen Projekte nennen, an denen Qimonda beteiligt ist und deren Existenz auf dem Spiel steht, wenn uns Qimonda wegbriecht.

Ich kann das Thema der zukünftigen technischen Weiterentwicklung in der Mikroelektronik am Standort Dresden hier nicht ausweiten. Ich möchte nur betonen, dass ohne Qimonda ein wesentlicher Baustein im Netzwerk von Silicon Saxony fehlen würde.

Ein weiterer Aspekt ist nicht zu vernachlässigen: Während Qimonda die Entwicklung der Technologie aus einem frühen Entwicklungsstadium hinter Volumenfertigung an einem Ort, nämlich hier in Dresden, vollzieht, ist das Unternehmen ein elementares Bindeglied zwischen Technologie- und Anlagenentwicklung. Mehrere weltweit tätige Anlagenbauer unterhalten Kooperationen mit Qimonda, um frühzeitig dabei zu sein, wenn die Anlagen für die Zukunft entwickelt werden.

Qimonda mit all seinen Beschäftigten steht auch für Innovationskraft. Aus dem Dresdner Werk stammten aus dem Jahre 2007 genau 553 Erfindungsmeldungen, im letzten Jahr waren es 308. 2007 wurden 288 Patente angemeldet, im letzten Jahr noch 167.

Wir alle sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Qimonda hat einen zentralen Stellenwert für das Mikroelektronikcluster in Sachsen. Durch vielfältige infrastrukturelle und projektbezogene Vernetzungen übt das Unternehmen erhebliche Wirkungen auf Zuliefererstrukturen, aber auch auf Firmen wie Infineon und die neu entstandenen Unternehmen GLOBALFOUNDRIES aus.

Ich habe das alles so ausführlich dargestellt, um auch Nichtfachleuten klarzumachen, warum sich die Staatsregierung seit vielen Monaten mit aller Kraft dafür einsetzt, eine Lösung für Qimonda zu finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch vor dem 23. Januar, dem Tag, an dem Qimonda den Antrag zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt hatte, habe ich mich persönlich an das Bundeskanzleramt gewandt und eine europäische Lösung gefordert.

Wir haben schnell Kontakt zum vorläufigen Insolvenzverwalter Herrn Dr. Jaffé aufgenommen und stehen mit ihm und insbesondere seiner Mannschaft in ständigem Kontakt. Um die Investorensuche zu unterstützen, hat mein Haus Präsentationen über den Investitionsstandort Sachsen und die verschiedenen vielfältigen Fördermöglichkeiten erarbeitet, die der Verwalter an potenzielle Investoren in der ganzen Welt versandte. Wir tun alles dafür, um beim Bund und bei der Europäischen Kommission den Weg für einen Neustart zu bereiten.

Wir, habe ich gesagt, und ich meine das auch so! Der Wirtschaftsminister unseres Freistaates Sachsen kann sich auf die Wissenschaftsministerin verlassen, die schnell einen Weg gefunden hat, das NaMLab über eine Beteili-

gung der TU Dresden durch die schweren nächsten Monate zu führen.

Der Wirtschaftsminister des Freistaates Sachsen kann sich auf den Ministerpräsidenten verlassen, der an den Stellen die Türen öffnet und Verständnis wecken konnte, die eben nur ein Ministerpräsident öffnen kann.

(Beifall bei der CDU und des
Abg. Stefan Brangs, SPD)

Unsere Mitarbeiter, ob in meinem Hause, der Staatskanzlei oder dem Finanzministerium, haben in den vergangenen Wochen Dutzende von Modellen gerechnet und bewertet. Denn vieles, was von dem Insolvenzverwalter gedacht wurde, ist auf den Arbeitsebenen unserer Häuser weiter gedacht und fortgeführt worden, hat aber wegen schneller Veränderungen der Umstände nie das Licht der Öffentlichkeit erblickt.

Die Staatsregierung hat in den vergangenen Monaten getan, was sie tun konnte. Der Ball lag und liegt im Feld des Insolvenzverwalters.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Er hat am 10. März 2009 mitgeteilt, dass der DRAM-Preis erneut gefallen sei und dass ab dem 1. April 2009 eine Fortführung der Produktion nur zu Vollkosten erfolgen könne. Dies hätte dann zur Folge, dass täglich erhebliche, millionenschwere Verluste entstehen würden. Diese Verluste, die von der zur Befriedigung der Gläubiger zur Verfügung stehenden Masse zu tragen wären, kann der Insolvenzverwalter nicht verantworten.

Deshalb fährt er seit dem 12. März die Produktion nach unten, sodass sich zum Ende des Monats die Fabrik im sogenannten Stand-by-Modus befinden wird. Die Investorensuche wird fortgesetzt. Sobald eine Fortführungslösung gefunden wird, wird es möglich sein, den Betrieb aus dem Stand-by wieder aufzunehmen.

Der Insolvenzverwalter hat seit Januar die Löhne der Beschäftigten mithilfe des Insolvenzgeldes gezahlt. Dazu ist er nur bis zum 31. März 2009 in der Lage, da Insolvenzgeld bekanntermaßen längstens drei Monate gezahlt wird. Dr. Jaffé hat deutlich gemacht, er brauche einen weiteren Überbrückungszeitraum von zwei, maximal drei Monaten, um die notwendigen Verträge mit neuen Investoren abzuschließen.

Nachdem nun die Produktion auf Stand-by gestellt wird, werden fast alle Arbeitnehmer – bis auf eine kleine Kernmannschaft – Arbeitsverträge mit einer Transfergesellschaft erhalten. Die Qimonda-Geschäftsleitung hat uns informiert, dass die Sozialplanverhandlungen, in deren Rahmen die Finanzierung der Transfergesellschaft sichergestellt werden soll, angelaufen sind.

Zum Ausgang der gestern begonnenen Verhandlungen mit dem Betriebsrat und über den Träger der Transfergesellschaft ist noch nichts Näheres bekannt. Ungeachtet der Ausstattung der Transfergesellschaft hat sie Vorteile für die Arbeitnehmer: von der Verschiebung des Beginns der Arbeitslosigkeit über eine professionelle Betreuung bei

der beruflichen Neuorientierung bis hin zur Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen – um nur einige wenige Details zu nennen. Wir geben damit den Beschäftigten ebenso eine Perspektive wie der Firma, die auf ihre hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen ist, wenn es weitergehen soll.

Die Arbeitnehmer in der Transfergesellschaft erhalten 61 bis 67 % des bisherigen Nettoentgeltes als Kurzarbeitergeld für die ausfallende Arbeitszeit. Gelingt es, rasch ein neues gesundes Unternehmen auf die Beine zu stellen, besteht eine Chance, dass dem neuen Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt gut qualifizierte Arbeitnehmer zur Verfügung stehen.

Hierin liegt jedoch auch eine meiner Hauptsorgen. Eben weil die Mitarbeiter von Qimonda hoch qualifiziert sind, wird sich für sie eine Chance auf dem weltweiten Arbeitsmarkt ergeben. Und sind erst einmal die Top-Ingenieure weg, dann ist das Hauptkapital der Firma weg, denn dieses befindet sich in den Köpfen der Mitarbeiter. Deshalb gilt es, schnell eine Lösung zu finden.

Nach Gesprächen in der Arbeitsagentur Dresden, an denen neben Vertretern von Qimonda auch Vertreter der IHK, der DIS AG sowie von Silicon Saxony teilgenommen haben, bin ich optimistisch, dass sich genügend Unternehmen finden, die die Ausbildung der Qimonda-Lehrlinge fortführen. Dies geht dann zwar zulasten des neuen Ausbildungsangebotes der übernehmenden Firma für den Ausbildungsstart im Sommer 2009, aber es ist in der jetzigen Situation richtig, so zu handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ziel der Reise ist uns allen klar. Vom Weg ans Ziel haben wir manchmal verschiedene Vorstellungen. Ich habe im Herbst des vergangenen Jahres, bevor es zur Insolvenz kam, lange darüber nachgedacht, ob es richtig wäre, wenn sich der Freistaat an Qimonda beteiligt. Wir haben uns dann im Kabinett darauf verständigt, dass wir nicht direkt einsteigen, sondern ein Darlehen von 150 Millionen Euro zur Unterstützung anbieten. Wir waren damals überzeugt, dass dies der richtige Weg ist. Wir waren überzeugt, dass die Zukunft von Qimonda – und damit der Beschäftigten und deren Familien – nur gesichert werden kann, wenn sich Infineon als Mehrheitseigentümer sehr deutlich selbst engagiert. Wir waren überzeugt von unserem Angebot, weil wir einen Businessplan auf dem Tisch hatten, der uns glauben machen wollte, dass wir unser Darlehen auf Heller und Pfennig zurückbekommen; und wir waren und sind davon überzeugt, dass das vorgelegte Businessmodell belastbar sein muss. Es muss mehr sein als schöne Zahlen, die uns präsentiert werden; denn vergessen wir bei allem nicht: Es sind die Steuergelder unserer Bürgerinnen und Bürger, die wir dafür einsetzen, und dabei wollen wir schon auf verlässlicher Basis arbeiten.

Wir haben im Januar vergeblich auf die belastbaren Daten aus dem Hause Qimonda gewartet. Möglich, dass manch einer der Geschäftsführer auf die praktische Macht des Faktischen setzte und darauf hoffte, dass der Freistaat Sachsen ohne größere Kontrolle alles tut, um im Wahljahr

das Unternehmen nicht in die Insolvenz gehen zu lassen. Nein, das galt damals und es gilt heute im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates: Es wird mit uns keine windigen Geschäfte auf unklaren und nicht belegbaren Grundlagen geben.

Wir haben nun, nach der Insolvenz des Unternehmens, eine andere Situation. Das ehemalige Mutterunternehmen Infineon sah sich nicht in der Lage, seine Tochter Qimonda zu retten. Damit ist zum jetzigen Zeitpunkt kein industrieller Investor vorhanden. Ich will hier ganz klar wiederholen: Ohne einen Privatinvestor wird es kein Engagement des Freistaates Sachsen geben können.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir sind aber bereit, über alles nachzudenken, was uns auf dem Weg, eine dauerhafte Lösung für Qimonda zu finden, hilft.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Sie haben gefordert, dass Rechenschaft darüber abgelegt wird, was wir als Staatsregierung getan haben, um Qimonda zu stützen. Gestatten Sie mir, dass ich den Job des „Buchhalters“ der Aktivitäten der Staatsregierung im Wirtschaftsausschuss mit Ihnen debattiere. Sie haben die wesentlichen Termine den Zeitungen entnehmen können, und wir können Sie leider nicht über vertrauliche Gespräche informieren, wenn wir den Erhalt von Qimonda nicht dadurch gefährden wollen, dass wir zu vertrauliche Details in die Öffentlichkeit geben. Deshalb nur ein kurzer Auszug aus dem aktuellen Qimonda-Tagebuch:

Am Montag, dem 09.03., kam das erste Schreiben des Insolvenzverwalters mit Hinweisen auf eine mögliche Lösung. Die Mitarbeiter der betroffenen Ministerien waren umgehend damit beschäftigt, die teils unklaren Aussagen mit dem Insolvenzverwalter zu besprechen. Am Dienstag, dem 10.03., gab es zu diesem Brief eine Debatte im Kabinett, und es gab am gleichen Tag die Telefonkonferenz zum Herunterfahren des Werkes zum Monatsende. Am Mittwoch, dem 11.03., haben die Ministerien die Frage der Transfergesellschaft debattiert und zusammen mit der Bundesagentur versucht, mögliche Stolpersteine aus dem Weg zu räumen. Am Donnerstag, dem 12.03., waren Staatskanzlei, Finanzministerium und mein Haus mit Vertretern von Qimonda und dem Insolvenzverwalter zusammen, um die beihilferechtlichen Aspekte der neuen Konstruktion zu beraten. Am Freitag, dem 13.03., haben wir uns zu den Ergebnissen der regierungsinternen Beratung gegenüber dem Insolvenzverwalter geäußert. Erste Antworten auf unseren Brief haben wir gestern Abend erhalten – erste Antworten, die uns noch nicht befriedigen.

Was ist sonst geschehen? Der Insolvenzverwalter hat eine Liste mit potenziellen Investoren erstellt, die von ihm kontaktiert wurden. Mehr als 100 Firmen aus der Branche und Finanzinvestoren stehen auf dieser Liste. Einzig aus China gab es bislang positive Rückmeldungen. Bei einigen ist die Antwort noch offen.

Zurück zur Lösung für Qimonda, die sich hoffentlich aus all den genannten Aktivitäten ergibt. Wenn – ich wiederhole: wenn – sich ein Investor findet, dann werden wir den Instrumentenkasten öffnen, der dem Freistaat Sachsen zur Verfügung steht. Nach all dem, was in den vergangenen Tagen und Wochen von Mitgliedern der Kommission aus Brüssel verlautbart wurde, habe ich übrigens keine Zweifel, dass wir – egal, wie wir uns entscheiden – eine EU-konforme Lösung finden, die auch in Brüssel schnell akzeptiert wird. Der Ministerpräsident selbst hat in Brüssel Gespräche geführt, um dort Unterstützung für unsere Überlegungen zu erreichen.

Ich komme auf die unterschiedlichen Wege zum Ziel zurück. Ich stehe heute mehr denn je dafür, dass wir uns – unter Bedingungen, die ich gleich noch skizzieren werde – für eine gewisse Zeit als Anteilseigner bei Qimonda am Standort Dresden einbringen.

(Beifall bei der SPD, der CDU sowie vereinzelt bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Dabei muss man sich natürlich eine Prozentzahl des Anteils anschauen, mit der man tatsächlich mitbestimmen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei 25,1 % hätten wir die Sperrminorität, die unser Engagement absichern hilft. Dies geht insgesamt jedoch nur, wenn sich auch der Staat Portugal beteiligt und damit das Werk bei Porto erhalten bleibt. Möglicherweise will sich auch China beteiligen, wenn das bestehende Werk in China, in Suzhou, erhalten bleibt. Die Staatsbeteiligung sollte insgesamt jedoch 49,9 % nicht überschreiten. Die Mehrheit muss schon bei einem privaten Investor bleiben.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Richtig!)

Ich freue mich, dass unser Ministerpräsident eine – ich formuliere es vorsichtig – Staatsbeteiligung nun nicht mehr kategorisch ausschließt und dass Kollege Dr. Beermann gestern Abend zu Recht festgestellt hat, dass der Freistaat Sachsen zu besonderer Unterstützung der Halbleiterindustrie bereit ist.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Er schüttelt den Kopf! – Dr. Volker Külow,
Linksfraktion: Er weiß es noch nicht!)

Somit kommen wir zu dem, was wir alle in diesem Hohen Hause bereit sein müssen anzuerkennen: Wir als vergleichsweise kleiner Freistaat Sachsen scheinen gezwungen zu sein, im Kampf um Mikroelektronikstandorte gegen Nationalstaaten anzutreten.

(Jürgen Gansel, NPD: Die
gibt es doch gar nicht mehr!)

Taiwan, Südkorea oder die USA sind zu große Konkurrenten; da hilft auch die sparsame sächsische Politik der letzten Jahre nicht, um gegenzuhalten.

(Beifall bei der SPD, der CDU sowie des
Abg. Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Deshalb erwarte ich vom Bund, besonders von Wirtschaftsminister zu Guttenberg, mehr als salbungsvolle

Worte und schöne Bilder auf dem Times Square in New York.

(Beifall bei der SPD, der
Linksfraktion und den GRÜNEN)

Ich erwarte von ihm, dass sich der Bund um das systemrelevante Unternehmen Qimonda kümmert und bereit ist, seinen Teil zur Lösung beizutragen. Und da wir gerade bei der CSU sind: Es ist schön, dass wir aus Sachsen heraus gemeinsam die Münchener Staatskanzlei ins Bild gesetzt haben, wer und was Qimonda ist. Der Firmensitz ist in München. In Bayern gibt es auch Qimonda-Arbeitsplätze. Also ist Herr Seehofer gehalten, sich einzubringen.

(Beifall bei der SPD,
der CDU und der Linksfraktion)

Wir Sachsen werden uns schwer damit tun, diese Herkulesaufgabe Qimonda allein zu stemmen. Wir alle haben vom Insolvenzverwalter erfahren, dass es trotz der weltweiten Rezession, die die Lage für Unternehmensverkäufe besonders schwierig macht, einen Interessenten für Qimonda gibt.

Das Interesse der Firma Inspur aus China an einer Zusammenarbeit soll groß sein, sagt der Insolvenzverwalter. Inspur kann sich bei wechselseitigen Beteiligungsverhältnissen vorstellen, sich an einer sogenannten „Q-NewCo“, also Qimonda New Company, zu beteiligen und gleichzeitig eine neue Fabrik in der Provinz Shandong zu errichten.

Wir brauchen einen tragfähigen und von einem Wirtschaftsprüfer geprüften Businessplan für diese „Q-NewCo“. Gestern Abend ist uns mitgeteilt worden, dass die Prüfungen dazu alsbald beginnen werden. Die Gesamtfinanzierung der „Q-NewCo“ muss sichergestellt und durch Verträge oder „Letters of Intent“ belastbar belegt sein. Hierin sehe ich das Hauptproblem.

Die Verhandlungen mit dem chinesischen Partner werden in der kommenden Woche beginnen können. Das heißt ganz klar: Außer einer Mitteilung gegenüber dem dpa-Büro in Schanghai haben wir keine verlässliche Information. Auch der Insolvenzverwalter konnte uns dazu nur wenig mitteilen.

Lassen Sie mich kurz beim Insolvenzverwalter bleiben. Michael Jaffé hat die Schwierigkeiten rund um die Sicherung der Zukunft von Qimonda erkannt. Trotzdem ist das deutsche Recht ganz klar: Dr. Jaffé ist der Herr des Verfahrens. Er trägt die Verantwortung für die Verhandlungen. Wir stehen bereit mit unserem Förderinstrumentarium. Wir stehen bereit mit unserem Engagement, schnell und unbürokratisch zu helfen, aber erst dann, wenn wir am Zug sind. Dass wir zum Zug kommen, dafür muss der Insolvenzverwalter sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich wollen wir wissen, wie die „Q-NewCo“ sich an AMTC beteiligt und in welchem Umfang die „Q-NewCo“ sich an den anderen Forschungs- und Entwicklungsprojekten engagiert. Wir wollen eine Zwischenfinanzie-

zung für die Zeit sehen, bis der Privatinvestor einsteigt. Diese Durchfinanzierung kann derzeit noch nicht vorgelegt werden.

Natürlich wollen wir das Interesse der chinesischen Investoren am Bau der sogenannten NewFab, also einer neuen Fabrik in Shandong, durch geeignete Unterlagen belegt sehen. Es muss ausgeschlossen werden, dass durch ein Zusammenwirken der übrigen Investoren mit der chinesischen Seite ein dominanter Einfluss auf die neue „Q-NewCo“ ausgeübt werden kann.

Es ist nicht wenig, was wir verlangen. Aber wir müssen dies im Interesse des sauberen Umganges mit den Steuergeldern unserer Bürger tun.

Der Freistaat Sachsen hat Ende 2008 alles getan, um das Unternehmen am Leben zu erhalten. Der Freistaat Sachsen tut alles, um mitzuhelfen, das Unternehmen aus der Insolvenz heraus wieder aktiv auf Zukunftskurs zu bringen. Dazu wird es nötig sein, in den kommenden Wochen kurzfristig auf sich verändernde Realitäten zu reagieren. Wenn wir heute eine Staatsbeteiligung beschließen, bekommen wir morgen vielleicht einen Investor, der völlig ohne Staatsbeteiligung, aber mit einem großen Darlehen einspringen will. Wir hätten uns mit einer entsprechenden Beschlussvorlage alles verbaut. Wenn wir uns mit voreiligen Beschlüssen öffentlich bekennen – auch das muss gesagt werden –, schwächen wir die Verhandlungsposition des Freistaates. Das kann doch nicht das Ziel sein!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Das Ziel kann nur sein, dass wir alles tun, um Qimonda zu retten. Welchen Weg zum Ziel wir gehen, sollten Linksfraktion und GRÜNE denen überlassen, die die Verhandlungen führen.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Lachen der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Ob nun Darlehen, Bürgschaften oder Beteiligung – ich darf Ihnen versichern, dass diese Regierung mit dem Geld der Bürger sorgsam umgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gilt das, was ich auch draußen zu den Demonstranten, den Beschäftigten von Qimonda, gesagt habe: Wir kämpfen weiter! Wir sollten den Mut nicht sinken lassen, auch wenn es besonders schwer ist.

Ich wünsche uns allen dafür gemeinsam viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile das Wort der Linksfraktion. Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Unruhe in der Koalition und die hektische Betriebsamkeit zu Beginn dieser Sitzung zeigen mir, dass wir mit unserem Antrag absolut richtig liegen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ich füge hinzu: Es ist schlechter parlamentarischer Stil, dass, wenn die Opposition eine Sondersitzung des Landtages erzwingt, die Antragsteller ihren Antrag nicht einmal hier einbringen und begründen können, bevor die Staatsregierung spricht.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Wir haben uns hier in diesem Hohen Haus bereits vor ziemlich genau drei Monaten mit Qimonda und den dort bedrohten Arbeitsplätzen

(Interner Wortwechsel zwischen Caren Lay,
Linksfraktion, und Stefan Brangs, SPD)

in einer Aktuellen Debatte auf Antrag der Linksfraktion beschäftigt. Wer damals schwieg, war der Ministerpräsident, der es seinem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister überließ, das Gesicht der Staatsregierung irgendwie zu wahren.

Ich sage das ganz bewusst zu Beginn dieser Landtagssondersitzung auf Antrag der Linksfraktion und der GRÜNEN zu unserem gemeinsamen Antrag „Fortbestand des Chipherstellers Qimonda am IT-Standort Dresden sichern!“. Herr Tillich war schon in der ersten, heißen Phase des Kampfes um die Rettung des größten Dresdner Arbeitgebers und Herzstücks von Silicon Saxony nicht präsent. Genauer gesagt: Er ließ es sich unter anderem bei der Bergparade in Annaberg-Buchholz oder auch bei Würstchen und Kräuterlikör auf der Grünen Woche in Berlin gut gehen,

(Alexander Krauß, CDU: Reine Polemik!)

während sich der Wirtschaftsminister redlich um eine Lösung bemühte, wenn auch bis heute leider ohne Erfolg.

(Alexander Krauß, CDU: Wo war er am Freitag?
War er nicht in Brüssel gewesen?! –
Weitere Zurufe von der CDU)

„Wir haben den Durchbruch geschafft“, verkündete Wirtschaftsminister Jurk drei Tage vor Heiligabend. Er meinte damit ein Rettungspaket von Sachsen, Portugal und Infineon für Qimonda. Was da passend zu Weihnachten beschert wurde, musste mitten im Januar mit der Insolvenz von Qimonda wieder einkassiert werden.

Wenn Herr Jurk nun dieser Tage, also ein Vierteljahr später, mitteilte, der Durchbruch sei noch nicht geschafft, ist das vor dem Hintergrund des letzten Dezemberfiebers an voreiligen Erfolgsmeldungen geradezu tragikomisch. Angesichts von 3 000 akut bedrohten Arbeitsplätzen verliert sich die Restkomik aber rasch und macht einer schlichten Tragödie Platz.

Ich habe Herrn Jurk sein Engagement für Qimonda nie abgesprochen. Das habe ich auch draußen auf der Demo ausdrücklich gesagt. Leider hat sich der sozialdemokratische Wirtschaftsminister inzwischen aber offenbar von der christdemokratischen Ideologie anstecken lassen und

warnte vor einem VEB Qimonda, den es natürlich nicht geben könne.

(Zurufe von der CDU)

Das wiederum ist nun wirklich komisch, Herr Eggert; denn ich habe noch nie aus dem Munde eines SPD- oder CDU-Politikers gehört, dass sich in Wolfsburg das Zentrum des VEB VW befindet, nur weil das Land Niedersachsen seit Jahrzehnten Anteile an VW hält.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Sie, Herr Staatsminister Jurk, wissen sehr genau, was im Schreiben des Münchner Insolvenzverwalters Dr. Jaffé vom 9. März steht. Sie haben dazu eben gesprochen. Schließlich ist es auch der Spitze Ihres Ministeriums zugegangen. Den gewählten Abgeordneten wurde dieses Schreiben durch die Regierung einmal mehr vorenthalten. Wir als Linke haben es nur auf informellem Weg bekommen.

(Heinz Eggert, CDU: Wie immer!)

Transparenz gegenüber dem Parlament sieht mit Sicherheit anders aus!

Sie, Herr Tillich, und Sie, Herr Jurk, wissen, dass in besagtem Brief des Insolvenzverwalters eine Beteiligung Sachsens als die – ich zitiere – „einzig verbliebene Möglichkeit“ gesehen wird, „um eine Zerschlagung und Einzelverwertung der Vermögenswerte vermutlich nach Asien zu verhindern.“ Doch selbst dieser dramatische letzte Appell an die Sächsische Staatsregierung hat noch nicht zur Auflösung der Blockade zwischen CDU und SPD geführt.

Der Wirtschaftsminister sagte, er könne sich unter bestimmten Voraussetzungen eine staatliche Beteiligung vorstellen. Der Ministerpräsident, der ja aus Angst vorzugsweise nicht selbst spricht, ließ über seinen Pressesprecher mitteilen, dass das kein Thema sei.

An die Adresse von Herrn Tillich und der CDU sage ich ganz deutlich: Wir haben Ihre Belehrungen nicht nötig, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Das hat die Sächsische Staatsregierung mit dem Ruin und dem kostspieligen Notverkauf der sächsischen Landesbank erst vor Kurzem unfreiwillig am praktischen Beispiel bewiesen. Der dabei laut Rechnungshof unmittelbar angerichtete Schaden beträgt etwa das Doppelte der Summe, die derzeit als möglicher Anteil des Freistaates Sachsen an Qimonda in der Diskussion ist. Sie wissen alle, dass darüber hinaus durch das Landesbankfiasko auch noch ein Risiko von 2,75 Milliarden Euro auf dem Landeshaushalt lastet, ohne dass dadurch ein einziger Arbeitsplatz gesichert wurde.

Meine Damen und Herren! Bei der heute anstehenden Entscheidung geht es, wie gesagt, unmittelbar um 3 000 Arbeitsplätze, mittel- und langfristig sogar um das Schicksal Zehntausender Beschäftigter in der sächsischen Mikroelektronik und damit um das industrielle Rückgrat einer Schlüsseltechnologie. Deshalb steht auch der Nut-

zen von 3 Milliarden Euro Steuergeldern auf dem Spiel, die in „Silicon Saxony“ gesteckt worden sind, weil Kurt Biedenkopf bildungspolitisch nicht so kleinkariert war wie sein offenkundig überforderter Nachfolger Tillich.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Bei allem Respekt vor einem Experten für Insolvenzrecht, der uns gestern in der „Sächsischen Zeitung“ ganz im Sinne der CDU unter der Überschrift „Die Sanierung von Qimonda oder Märklin ist keine Staatsaufgabe“ belehren wollte, ohne dass in dem Text Qimonda auch nur ein einziges Mal erwähnt wurde, sage ich in aller Deutlichkeit: Wir reden heute nicht über Unterwäsche, Porzellan oder Spielzeugeisenbahnen, um die es in diesem „SZ“-Beitrag ging; wir reden über einen strukturbestimmenden Betrieb des technologischen Innovationspotenzials der sächsischen Wirtschaft.

(Beifall bei der Linksfraktion und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir als Linksfraktion haben daher von Anfang an verlangt, eine vorübergehende staatliche Beteiligung als Option ernsthaft zu prüfen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es sind seit 1990 nach Angaben des Dresdner Amtes für Wirtschaftsförderung alles in allem allein in Dresden 12 Milliarden Euro am Mikroelektronikstandort investiert worden. Das dadurch vor allem in der Region Dresden-Freiberg existierende Geflecht an Hightech-Unternehmen ist europaweit einzigartig. Wenn Sachsen seiner schon Jahrhunderte währenden Tradition treu bleiben will, ökonomisch an der Spitze mitzuspielen, darf dieser zentrale Pfeiler der Wirtschaft des Freistaates nicht demontiert werden.

(Beifall bei der Linksfraktion und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich könnte heute auch durchaus manch Kritisches zur Bundes- und Europapolitik anmerken, denn auch die dort Verantwortlichen haben sich in Sachen Qimonda nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Das ändert aber nichts daran, dass sich die Sächsische Staatsregierung nach Angaben von Herrn Verheugen erstmals im Januar und überaus zaghaft an die EU-Kommission gewandt hat, viel zu spät und viel zu leise.

Herr Tillich mag sich als langjähriger ehemaliger Europaabgeordneter und sächsischer Europaminister auf dem diplomatischen Parkett geschmeidig bewegen können, hinsichtlich politischer Entscheidungen aber ist er ein absolutes Leichtgewicht, das weder in Brüssel noch in Berlin im sächsischen Interesse irgendetwas zu bewegen vermag.

(Beifall bei der Linksfraktion –
Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn die laufende Legislaturperiode zu Ende geht, kann ich insbesondere die Koalition nur dringend davor warnen, in

Sachen Qimonda weiter nichts zu tun und stattdessen Trostpflästerchen zu verteilen.

Als sich zum Jahreswechsel die Lage des Unternehmens immer weiter zuspitzte, lancierten die schwarzen und die gelben Wirtschaftspolitiker in Sachsen die vermeintlich Trost spendende Prognose, dass die Insolvenz doch durchaus neue Chancen eröffnen würde. Das hat sich nun eindeutig als Trugschluss erwiesen, nicht zuletzt deshalb, weil die Staatsregierung den nötigen Eigenanteil an Aktivität bei der Lösungssuche im Rahmen des Insolvenzverfahrens nicht geleistet hat.

Nun soll es eine Transfergesellschaft richten, wie der Ministerpräsident draußen vor den Demonstranten erklärt hat. Ich habe persönlich Verständnis für jeden Arbeitnehmer, der nach diesem Strohalm greift, wenn er ihm als Alternative zur sofortigen Arbeitslosigkeit angeboten wird.

Man sollte aber nicht vergessen – das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich betonen –, dass das Bundesarbeitsgericht zum Thema Transfergesellschaften festgestellt hat, diese seien – Zitat – „auf das endgültige Ausscheiden aus dem Betrieb gerichtet“.

Man kann sich in der Politik nicht endlos Zeit erkaufen, um aus der Verantwortung zu flüchten, auch deshalb, weil die betroffenen Menschen die ihnen aufgebürdete Unsicherheit nicht endlos ertragen können.

Eine Transfergesellschaft wäre also keine Lösung, sondern nur der nächste Schritt ins endgültige Aus. Nein, Herr Jurk und Herr Tillich, wir wollen Ihnen die Entscheidung nicht überlassen, wir wollen heute eine Entscheidung im Landtag, nicht als eine scheinbar perfekte Lösung, sondern als verbindliches Signal des Freistaates Sachsen, dass er seiner industriepolitischen Verantwortung endlich gerecht wird.

(Beifall bei der Linksfraktion
und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Da die Koalitionsabgeordneten ja manchmal Probleme damit haben, Oppositionsanträge richtig zu lesen, lese ich Ihnen noch einmal den entscheidenden Satz des Antrags von DIE LINKE und GRÜNEN vor: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Wege einer zeitlich befristeten Übergangslösung eine unmittelbare oder mittelbare Minderheitsbeteiligung des Freistaates Sachsen an Qimonda oder an dessen Nachfolgeunternehmen für den Fall vorzusehen, dass das Unternehmen mit seinem Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsbereich am IT-Standort Dresden als wichtiger Teil dieser europäischen Schlüsseltechnologie erhalten werden kann.“

Das und nichts anderes ist das Thema, Herr Tillich und Herr Jurk. Es geht uns also weder um Kombinat oder VEB, sondern um eine intelligente industriepolitische Lösung, wie sie in vergleichbaren Situationen weltweit guter und bewährter politischer Brauch ist.

Was allerdings kein guter Brauch ist, sind Ihre koalitionsinternen Ränkespiele, meine Damen und Herren von CDU

und SPD. Es ist doch längst kein Geheimnis mehr, dass sich hochrangige Mitarbeiter der Staatskanzlei gegenüber CDU-Abgeordneten oder sogar Journalisten damit brüsten, dass sie den SPD-Wirtschaftsminister Jurk nicht nur in Sachen Qimonda am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Ist diesen Leuten das Schicksal von Tausenden Beschäftigten und deren Familien eigentlich völlig egal? Ich will endlich wissen, ob es zutrifft, wie aus sogenannten gut informierten Kreisen im Regierungsviertel berichtet wird, dass ein im Grundsatz positives Antwortschreiben von Wirtschaftsminister Jurk an den Insolvenzverwalter Jaffé in der Staatskanzlei hängengeblieben ist. Hat Staatskanzleichef Beermann wirklich den ihm vorgelegten Briefentwurf des Wirtschaftsministers zurückgewiesen und gravierende Änderungen verlangt? Wo sind wir hier in Sachsen eigentlich hingekommen?

(Beifall bei der Linksfraktion und
vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wer hat denn in diesem Land eigentlich das Sagen? Wer hat die Richtlinienkompetenz – der Chef der Staatskanzlei oder vielleicht doch irgendwie der Ministerpräsident?

Sehr geehrter Herr Tillich, Hören Sie endlich mit Ihrem Versteckspiel auf! Sie können sich nicht länger vor der Verantwortung drücken.

(Volker Bandmann, CDU: Parolen
in die Welt setzen und verunsichern!)

Ich fordere Sie nachdrücklich auf, Herr Ministerpräsident: Treten Sie heute hier endlich an dieses Pult und beziehen Sie eindeutig Position!

(Beifall bei der Linksfraktion –
Zurufe von der CDU)

Wollen Sie Qimonda retten, oder nehmen Sie wegen Ihrer generellen Ablehnung staatlicher Beteiligung aus rein ideologischen Gründen den Verlust Tausender Arbeitsplätze billigend in Kauf? Auf diese Frage erwarte ich von Ihnen heute endlich eine klare Antwort.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Sagen Sie dem Landtag, ob Sie, Herr Tillich, Ihre ablehnende Haltung zur staatlichen Beteiligung vielleicht doch noch geändert haben, wie Herr Jurk eben behauptete! Sie haben ja die Chance, das hier klarzustellen.

Doch auch dem Wirtschaftsminister kann ich zwei unangenehme Fragen nicht ersparen. Wie lange, Herr Jurk, wollen Sie sich eigentlich noch von der CDU demütigen lassen? Wie lange wollen Sie noch an einem Koalitionspartner festhalten, der mit dem ganzen Gewicht einer von viel zu langer Machtausübung verkalkten Partei bei allen wichtigen Weichenstellungen auf der Bremse steht?

(Zuruf von der CDU: Unverschämt! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Selbst der noch parteilose Finanzminister bekam schon die Trägheit des CDU-Machtapparates zu spüren, als er

im Januar einen Nachtragshaushalt zur Rettung von Qimonda in Aussicht stellte.

(Volker Bandmann, CDU: Bei Ihnen ist doch der Abgeordnete ausgetreten!)

Prompt sahen CDU-Fraktionsvorsitzender Flath und im Hintergrund wohl auch der gescheiterte Altministerpräsident Milbradt, wie man hört, die Stunde gekommen, die Regierung an die Leine zu nehmen. Der Nachtragshaushalt war schon tot, bevor die Mitarbeiter von Finanzminister Unland auch nur die erste Zahl aufgeschrieben hatten.

Wir als Linke sind seit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens von Qimonda nicht untätig geblieben, sondern haben aufgezeigt, wo es langgehen könnte – nicht weil wir so ungewöhnlich schlau wären, sondern weil wir im Unterschied zur Koalition über die Grenzen des eigenen Landes hinausschauen.

Wir haben zum Beispiel auf Frankreich hingewiesen, wo es gelungen ist, eine von der EU genehmigte staatliche Unterstützung für den Halbleiterhersteller ST in Höhe von 457 Millionen Euro hinzubekommen. Auch das ist nunmehr schon wieder fünf Wochen her, ohne dass die Sächsische Staatsregierung und die Koalition von CDU und SPD aus dem Knick gekommen wären.

Wir haben in unserer Argumentation wiederholt deutlich gemacht, dass es letztlich nicht einfach um Subventionen für ein einzelnes gefährdetes Unternehmen geht, sondern im Kern um eine genehmigungsfähige Förderstrategie für die Mikroelektronik insgesamt.

Was mich an der bisherigen landespolitischen Debatte so erschüttert, Herr Ministerpräsident, ist ihre wirtschaftspolitische Provinzialität. „Silicon Saxony“ steht in einem unerbittlichen globalen Konkurrenzkampf mit Mitbewerbern, unter denen sich kein einziger befindet, bei dem nicht irgendein Staat seine Hand mit im Spiel hat. Statt sich bewusstseinsmäßig endlich auf die Herausforderungen dieser Weltliga einzustellen, wiederkäuen Sie, Herr Tillich, den Katechismus der reinen Marktwirtschaft, wie er Ihnen vielleicht vor 1989 in Potsdam gelehrt wurde.

(Heiterkeit des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Selbst als Linker ist man geneigt, Ihnen zuzurufen: Hallo, aufwachen! Wir sind 20 Jahre weiter. Die Welt hat sich in dieser Zeit ein bisschen mehr gewandelt als die Klosterkirche in Panschwitz-Kuckau, und als Ministerpräsident sollte man schon über den nächsten Kirchturm hinaus denken.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Ich bitte Sie also ebenso schlicht wie herzlich, uns nicht mit längst erledigten Uraltdebatten zu nerven. Landtagsabgeordnete einer Partei wie der Linken, unter denen sich überdurchschnittlich viele Kommunalpolitiker, Selbstständige, Freiberufler und Unternehmer befinden, brauchen keine Nachhilfe in Sachen Marktwirtschaft.

Wir als Linksfraktion in Sachsen reihen uns nicht in die Schlange der CDU-, CSU- und SPD-Politiker ein, die zurzeit überall dort in Deutschland nach Schutzschirmen für Unternehmen rufen, wo es Probleme gibt, ohne darüber zu reden, wie sie entstanden sind.

Wir als Linke wollen einen Schutzschirm für die Menschen, und dazu gehört neben der Gewährleistung menschenwürdiger Sozialstandards auch die Stützung der Produktionsketten, die in Zukunft den Wohlstand für die gesamte Gesellschaft erwirtschaften sollen.

Natürlich weiß ich aus der Erfahrung der letzten Jahre: Komplexes Denken ist nicht gerade eine Stärke der sächsischen CDU.

(Beifall bei der Linksfraktion und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Deshalb suchen Sie ja auch in Uraltfeindbildern Zuflucht, die Ihnen eine einfachere Welt verheißen als jene Welt, die tatsächlich existiert. Damit sind Sie aber auch nicht in der Lage, größere Zusammenhänge zu begreifen – als jene Zusammenhänge, die heute zur Debatte stehen.

(Zuruf des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Deshalb sage ich es in größtmöglicher Schlichtheit, damit auch Sie es verstehen: Wir sind für Hightech, weil wir gegen Niedriglöhne sind.

(Beifall bei der Linksfraktion – Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

DIE LINKE will eine Wirtschaft, die so modern wie irgendwie möglich ist. Wir wollen eine hochproduktive Wertschöpfung auf höchstem technologischem Niveau. DIE LINKE will Innovation und Dynamik – ganz im Geiste erfolgreicher sächsischer Industrietraditionen. Wir wollen all dies nicht als Selbstzweck, sondern weil wir in einer schrumpfenden und älter werdenden Gesellschaft jetzt die Weichen stellen müssen, langfristig die ökonomischen Grundlagen des modernen Sozialstaates zu sichern.

Ganz ohne Risiko aber ist bekanntlich auch in der Politik nichts Wegweisendes zu schaffen. Wäre Kurt Biedenkopf in den Neunzigerjahren so ängstlich gewesen wie Stanislaw Tillich heute,

(Volker Bandmann, CDU: Den haben Sie damals aber auch schon beschimpft!)

dann hätten wir jetzt in Sachsen weder Chip- noch Autofabriken.

Natürlich hat es damals auch Kritik gegeben.

(Zuruf von der CDU: Von Ihnen vor allen Dingen!)

Aber es gab damals auch Beteiligungen des Freistaates, wenn Sie sich erinnern, und es war insbesondere im Zusammenhang mit den VW-Investitionen ein ganz anderes Auftreten Sachsens gegenüber der EU zu vernehmen, das den damaligen sächsischen Ministerpräsidenten sogar zum Helden einer „Spiegel“-Titelseite gemacht hat. Man braucht kein Prophet zu sein, um

vorherzusagen, dass Stanislaw Tillich eine solche Titelseite wohl nie erreichen wird.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen erhielt der Landtag die Stellungnahme der Staatsregierung zu einem Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und SPD zum Thema „Aktivitäten der Staatsregierung zum Erhalt des IT-Standortes Dresden unter besonderer Berücksichtigung des Erhalts der Arbeitsplätze“. In ihrer Stellungnahme empfiehlt die Staatsregierung – ich zitiere –: „den Antrag in der vorliegenden Form nicht zu beschließen und gegebenenfalls zu aktualisieren.“

Angesichts dieser von Staatsminister Jurk unterschriebenen Bescheinigung für die Koalition, dass ihre Politik in puncto Mikroelektronik im Allgemeinen und bei Qimonda im Besonderen überholt ist, empfehle ich Ihnen wärmstens die Annahme des heute vorliegenden Antrags der Linken und der GRÜNEN, denn dieser Antrag ist auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei der Linksfraktion
und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Als Argumentationshilfe möchte ich Ihnen das Fazit der Stellungnahme des Wirtschaftsministers ans Herz legen. Herr Jurk stellte fest – Zitat –: „dass Qimonda einen zentralen Stellenwert für das Cluster einnimmt und durch vielfältige infrastrukturelle und projektbezogene Vernetzungen erhebliche Wirkungen auf Zulieferstrukturen, aber auch auf Unternehmen wie Infineon und das neu entstandene GLOBALFOUNDRIES ausübt.“ Das ist exakt der Grund, warum unser Antrag richtig und notwendig ist.

Allen Abgeordneten des Landtags liegt ein Brief des 1. Bevollmächtigten der IG Metall Dresden und des Betriebsratsvorsitzenden von Qimonda vor, in dem anlässlich der heutigen Sondersitzung klar die Forderung nach einer Sicherung der Fortführung des Unternehmens erhoben wird. Außerdem haben sich unterdessen drei Dutzend renommierte Forscher, darunter der Nobelpreisträger Klaus von Klitzing, an die Bundeskanzlerin gewandt, um zu erreichen, dass auch der Bund seinen Anteil Verantwortung für Qimonda übernimmt. Letzteres sollte doch eigentlich kein Problem sein; schließlich heißt der Chef im Kanzleramt Thomas de Maizière, der sich bekanntlich als sächsischer Politiker definiert und in Meißen als Direktkandidat in den Bundestag gewählt werden will. Es wäre gut, wenn sich Herr de Maizière künftig nicht vorrangig um die regelmäßige Aktualisierung seines Autokennzeichens und medienwirksame Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der Bundesregierung kümmerte, sondern um das, was für Sachsen wirklich wichtig ist.

(Beifall bei der Linksfraktion
und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Und in Sachsen steht eben jetzt der Erhalt von Qimonda ganz oben auf der Agenda. In dem Schreiben der Wissenschaftler heißt es: „Jeder Tag zählt.“ Dem können wir nur beipflichten, und deshalb war und ist diese Sondersitzung des Landtags zwingend notwendig.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, in einem sind wir uns alle einig: Die Zukunftsfähigkeit der Technologie von Qimonda ist unbestritten. Die Energieeffizienz der Qimonda-Chips taugt für einen strategischen Wettbewerbsvorteil, wenn die heutige Chance nicht vertan wird. Betriebsrat und IG Metall verweisen zu Recht darauf, dass ein Investorenkonzept in greifbare Nähe gerückt ist. Portugal hat seine Bereitschaft zum Engagement gezeigt. Sachsen ist jetzt am Zuge, den entsprechenden deutschen Anteil an der Rettung Qimondas zu organisieren.

Worauf ich heute definitiv keine Lust habe, ist, noch einmal dem Schwarze-Peter-Spiel beizuwohnen, das in den vergangenen Monaten von der Koalition versucht wurde. Es macht nämlich nicht nur keinen Spaß, sondern es ist obendrein auch noch lächerlich.

Sie, Herr Tillich, Sie, Herr Jurk, und Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD, regieren in Dresden und in Berlin – im Land und im Bund. Maßgebliche Politiker auf europäischer Ebene gehören Ihren Parteien an. Frau Merkel kündigte vor einigen Jahren einmal an, „durchregieren“ zu wollen. Das klang damals erschreckend; aber in diesem Fall wäre es ein Segen für Sachsen, wenn Sie in Sachen Qimonda endlich einmal für ein paar Stunden auf allen Ebenen durchregieren würden, statt uns mit immer neuen Fotos Hände schüttelnder Herren und unverbindlichen Presseerklärungen zu versorgen. Diese braucht nämlich niemand.

Deshalb sage ich: Springen Sie doch endlich einmal über Ihren Schatten. Stimmen Sie, meine Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag zu. Ich bin sicher: Nicht nur die Familien der Qimonda-Beschäftigten werden es Ihnen danken. Die sächsische Wirtschaft würde durch einen solchen Impuls der politischen Entschlossenheit auch einen starken psychologischen Ansporn erhalten, der in schwierigen Zeiten viele Menschen beflügeln könnte, gemeinsam neue Wege zu wagen.

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich: Tun Sie es einfach, meine Damen und Herren von CDU und SPD – und natürlich auch alle anderen Kollegen der demokratischen Fraktionen hier in diesem Haus! Heute geht es nicht in erster Linie um Fördermittel, auch nicht um Bürgschaften oder Darlehen; heute geht es um ein klares industriepolitisches Signal, und dieses Signal muss auf Beteiligung gestellt werden.

Wir alle haben die Chance, Sachsen dadurch weiterzubringen. Wir sollten diese Chance entschlossen nutzen.

(Starker Beifall bei der Linksfraktion
und vereinzelt bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Jetzt erhält die Fraktion GRÜNE das Wort; Frau Abg. Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Staatsminister Jurk, Sie haben hier mit einem gewissen Tremolo in der Stimme gesagt: Wir kämpfen weiter!, und alle haben diese

Parole gehört. Kämpfen Sie flehend, auf den Knien, oder richten Sie verzweifelte Appelle nach außen?

Ich habe Sie hier im Dezember ganz konkret in der Debatte zu Qimonda gefragt: Haben Sie einen Stellenpool für die Fachleute vorbereitet und versuchen Sie, den Standort zu sichern? Das waren sehr konkrete Fragen. Wir haben jetzt ein Vierteljahr später und ich habe noch keine Ergebnisse zu diesen Fragen von Ihnen erhalten. Sie behaupten immer, Sie seien aktiv, aber die Ergebnisse kommen nicht. Eine Wirtschaft kann sich das nicht so leisten – eine Staatsregierung hoffentlich auch nicht unbegrenzt. Ich erwarte, dass in einem Vierteljahr mehr Ergebnisse zutage treten. Es geht hier um ein ganzes Cluster, es geht um das Silicon Saxony, und das ist mehr als nur eine Firma. Es ist in den letzten Wochen noch einmal deutlich geworden, wenn man die ganzen öffentlichen Debatten zum Thema verfolgt hat.

Sie haben hier, Herr Staatsminister Jurk, eine Binnenrede zur Koalition gehalten. Sie haben sich mit Ihrer CDU unterhalten, weil Sie sich nicht einig sind. Was soll ich denn als Bürger davon halten, dass Sie immer noch in der Klärungsphase sind – ein Vierteljahr, nachdem wir angefangen haben, darüber zu reden?

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Ich werde mich nicht lange über die kleine Schamlosigkeit der SPD auslassen, die angeblich kurz vor knapp noch etwas nachdiskutieren musste. Das war meiner Meinung nach eine gewisse Überstrapazierung der Geschäftsordnung. Aber so ist das eben: „Das ist mein Hühnerhof. Hier bin ich der oberste Hahn!“

(Stefan Brangs, SPD:
§ 105 der Geschäftsordnung!)

– Ist schon in Ordnung.

Die Vortäuschung, die SPD habe alles im Griff, reicht hier nicht aus. Man fragt sich manchmal, was vier Jahre Regierungsbeteiligung mit einer Fraktion so anrichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Meiner Meinung nach sind weltweit alle ratlos, und alle haben ihre Probleme: Berlin, Brüssel, Washington, Peking – Dresden auch.

(Zuruf von der CDU: Nur die GRÜNEN nicht!)

Sie sagen, Sie warteten auf Infineon. Infineon hat abgewinkt. Jetzt warten Sie auf den nächsten großen Investor. Vielleicht warten Sie im April und im Mai noch auf Godot.

Meine Damen und Herren – vor allen Dingen meine Herren –, wir müssen selbst Entscheidungen treffen. Wir kommen in eine Situation, in der man nicht mehr um Hilfe bitten kann in Brüssel, in Berlin oder in Peking, indem man einfach nur Appelle dorthin richtet. Wir kommen in eine Situation, in der die Sachsen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen und in der in Sachsen selbst Entscheidungen getroffen werden müssen.

Was das angeht, erkenne ich Sie beide nur als entscheidungsunfreudig. Sie sagen: Wir stehen bereit, wenn einer vorbeikommt. – Das kommt mir ein bisschen so vor wie ein Tintenfisch, der unter einem Stein sitzt und wartet, dass mal ein Beutefisch vorbeikommt. So kann das doch nicht gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Sie müssen jemanden nach Peking oder Shangdong schicken, der das klärt. Das ist eigentlich der Punkt, auf den es mir ankommt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

– Entschuldigung! Wenn der Herr Wirtschaftsminister am Dienstag vor der Presse steht und behauptet, es gebe noch ein paar Details mit den Chinesen zu klären, dann erwarte ich, dass Sie einen hinschicken, der das dort mit Dolmetscher klärt. Wie wollen Sie denn sonst irgendwelche Informationen bekommen?

Ich erwarte, dass der Staatsminister selbst tätig wird, und wenn Sie nicht selber nach China fliegen, dann schicken Sie jemanden hin.

(Staatsminister Thomas Jurk: Was glauben Sie, was ich die ganze Zeit lang mache?)

– Wir werden es ja diskutieren. Ich glaube, Sie dürfen nicht unter Ihrem Stein sitzen bleiben und warten, bis der Beutefisch vorbeikommt.

(Staatsminister Thomas Jurk: Quatsch!)

Sie müssen selbst aktiv werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Jurk, es kann schon sein, dass irgendwann im Laufe dieses Jahres in Ihrem Arbeitszeugnis steht: „Er hat sich stets bemüht.“

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Ich bin weiß Gott – das markiert auch gewisse Auffassungsunterschiede zur Linken – kein Fan von Staatsbetrieben. Das weiß jeder, der mich kennt. Aber ich bin auch kein Fan einer handlungsunfähigen Regierung.

Wenn inzwischen auch der Letzte nachlesen konnte, dass das Geschäft in der IT-Branche in Wellen verläuft und alle paar Jahre neue Technologien einen neuen Zyklus auslösen und damit natürlich auch dafür Sorge tragen, dass die Gewinne in manchen Jahren richtig nach oben gehen, wenn der Technologiesprung dran ist, und dann wieder ein paar flauere Jahre kommen, bis eine neue Technologie entwickelt ist, dann muss man unabhängig von den Managementfehlern, die passiert sind und nicht entschuldbar sind, dennoch einmal darauf schauen, wie der Geschäftsverlauf in dieser Branche ist. Da hat der Freistaat meines Erachtens ein größeres Interesse zu haben. Eine zeitlich befristete Übergangslösung erscheint mir möglich. Man kann dann im Aufschwung das Geld für den Freistaat Sachsen wieder zurückholen.

25,1 % sind ein interessanter Vorschlag. Das müsste natürlich EU-konform sein. Dafür haben Sie versucht, Sorge zu tragen, wenn ich es letzte Woche richtig beobachtet habe. Das müsste auch beinhalten, dass der Firmensitz in Dresden ist. Aber Dresden muss anfangen, selbst zu bestimmen, wie und was passiert, und darf nicht darauf warten, dass irgendjemand von außen irgendwelche Vorschläge macht. Wir müssen das selbst entscheiden. Wir haben die Wahl zwischen Hammer und Amboss. Jeder darf einmal in sich gehen und überlegen, welche Situation er bevorzugt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir können nicht riskieren, dass mit der drohenden Qimonda-Pleite das gesamte Cluster Mikroelektronik ins Rutschen kommt. Dieses Cluster hat – geschätzt – 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 200 Firmen. Die übergroße Zahl dieser Menschen arbeitet in kleinen und mittelständischen Unternehmen, die wiederum mit den großen wie AMD oder ZMD zusammenarbeiten und ebenso in universitäre und außeruniversitäre Forschungsnetzwerke eingebunden sind. Wir haben vorhin vom Wirtschaftsminister ein paar Ausführungen dazu gehört.

Wenn es ein solches Netzwerk ist und Qimonda eine solch starke Stellung darin hat, muss man davon ausgehen – um mit den Worten der Kanzlerin zu sprechen –, dass diese Firma „systemrelevant“ ist.

(Beifall der Abg.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion)

Ich kann kurz erklären, was ich in diesem Zusammenhang mit „systemrelevant“ meine, damit nicht immer so gerätselt wird. Mikroelektronik finden Sie in jedem modernen Auto, aber nicht jedes Auto ist ein Opel. Das ist der Unterschied zwischen „systemrelevant“ und „nicht systemrelevant“.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion
und des Abg. Steffen Flath, CDU)

Wenn wir also Klarheit darüber haben, dass das systemrelevant ist, dann muss die sächsische Union jetzt überlegen, was klugerweise getan werden kann. Ihre Oberbürgermeisterin von Dresden, Frau Orosz, hat sich vor wenigen Tagen zu diesem Thema geäußert; sie möchte eine Zukunft von Qimonda sehen.

Ihr Bundestagsabgeordneter Arnold Vaatz – er lebt noch – ist aufgewacht und hat sich zugunsten von Qimonda ausgesprochen. Er meinte – ich zitiere ihn –: „Die Maßstäbe, die für die Autoindustrie gelten, gelten zu Gunsten von Qimonda und der Dresdner Chipindustrie dreimal, wenn nicht zehnmal.“ Eine typische Vaatzsche Übertreibung, aber in der Sache zutreffend!

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Wenn die EU-Kommission und die Bundesregierung ihrer Verantwortung für diese Schlüsseltechnologie nicht nachkommen, weil sie zurzeit die Opel-Bretter vor dem

Gesicht haben, dann müssen Sie das eben tun und versuchen, es in die Reihe zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Ich weiß, dass das für Sachsen ein enormer Kraftakt ist. Ich kenne mich mit den Zahlen so weit aus, dass ich genügend finanzpolitische Fantasie habe, um mir vorstellen zu können, wie gewagt der Sprung wäre. Aber wir reden hier nicht mehr nur darüber, sondern auch über die Frage, wer in einer Krisensituation in der Lage ist, sein Schicksal in den eigenen Händen zu behalten, und wer sich zum Spielball auf den Wellen macht.

Die Politik im Land muss den entsprechenden Impuls setzen; das ist völlig richtig. Vor dieser Frage stehen wir meiner Meinung nach. Wenn Sie mit Herrn Jaffé, mit den Gläubigern, mit Portugal und mit Inspur Partner haben, dann ist es ja nicht so, dass alles nur am Freistaat Sachsen hängen bliebe. Das ist ja nicht wahr.

In der Presse war zu lesen, dass der Insolvenzverwalter, Herr Jaffé, bereit sei, eigenes Geld in das Unternehmen zu stecken. Das ist in der Tat ein neuer Sachverhalt. So etwas habe ich selten gehört. Vielleicht sind Ihnen viele solcher Fälle bekannt – mir nicht. Wenn das stimmt, dann gehe ich davon aus, dass Qimonda eine große Chance hat, wieder auf die Füße zu kommen. Denn wer würde die Geschäftschancen von Qimonda besser einschätzen können als derjenige, der die Firma abwickeln soll?

Das heißt für mich: Das ganze Gerede über den Businessplan ist nicht sehr glaubhaft. In dem Moment, wo der Insolvenzverwalter selbst, obwohl er es nicht nötig hat, bereit ist, in den Rettungsplan einzusteigen, weil er das Geschäftsmodell interessant findet, würde ich lieber der Expertise dieses Mannes vertrauen. Es wäre doch interessant, nähere Ausführungen zum Thema „Businessplan“ zu hören.

Wie gesagt, es geht vielleicht um 25,1 % – einen Anteil, den ich persönlich als richtig empfinde, weil ich in solchen Fragestellungen, wenn Steuergeld verwendet wird, von Sperrminoritäten viel halte.

Es geht auch darum, das zeitlich befristet zu tun. Es kann keine Dauerbeteiligung des Freistaates geben.

Auf der einen Seite haben wir am Montag in der Presse bzw. im Bericht des Landesrechnungshofes nachlesen dürfen, dass insgesamt, wenn man alles zusammenrechnet und nicht nur die nach oben springenden Zahlen sieht, für Sachsen ein maximal möglicher Gesamtschaden von 4 Milliarden Euro aus der Schiefelage der Sachsen LB resultiert. Dieser Schaden hat übrigens auch etwas damit zu tun, dass das Finanzministerium, die Staatsregierung insgesamt und Politiker von CDU, SPD und Linken ihren Verantwortlichkeiten nicht nachgekommen sind. Da reden wir über einen maximal möglichen Schaden von 4 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren. Hier reden wir über eine Schlüsseltechnologie und einen dreistelligen Millionenbetrag. Ich frage mich wirklich: Wo soll es eigentlich hingehen?

Wir sind der Meinung: Sachsen muss jetzt selbst aktiv werden und darf nicht warten, dass irgendein freundlicher Mann oder ein Godot vorbeikommt. Es geht darum, selbst Entschlossenheit an den Tag zu legen. Ich hoffe, meine Herren, Sie sind dazu in der Lage.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der Linksfraktion)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die CDU-Fraktion ist aufgerufen. Herr Flath, bitte.

Steffen Flath, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Hahn, Ihre Fraktion hat diese Sondersitzung beantragt. Das ist Ihr gutes Recht. Sie haben in Ihrem Redebeitrag – zusammengefasst formuliert – versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei es ausgerechnet Ihre Fraktion gewesen, die dieses Land, diesen industriellen Kern, diesen Leuchtturm aufgebaut hätte.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Ich habe „Biedenkopf“ gesagt!)

Sie haben versucht, den Eindruck zu vermitteln, als müssten Sie jetzt alle Kraft zusammennehmen, um die CDU daran zu hindern, das Land zu zerstören. Eine völlige Umkehr der Realität!

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Sie haben unseren Ministerpräsidenten einen „Provinzpolitiker“ genannt. Sie selbst treten dieses Jahr als Ministerpräsident an. Das sollte heute offensichtlich Ihre Bewerbungsrede sein. Das ist im Großen und Ganzen danebengegangen, Herr Hahn.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Mein Eindruck ist: Sie orientieren sich heute noch an Ihrem Vorbild Egon Krenz,

(Lachen bei der Linksfraktion)

der vor 20 Jahren den Begriff „Wende“ geprägt hat, den Sie bis heute verwenden. Wenn ich daran denke, dass Sie erst gestern – heute kann man das in der Zeitung nachlesen – auf einer Regionalkonferenz gegen die Leuchtturmpolitik der Staatsregierung gewettert haben,

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Das stimmt nicht!)

aber heute hier einen ganz anderen Eindruck vermitteln, dann passt das nicht zusammen. Das wird Ihnen niemand abkaufen, Herr Hahn.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Diese Sitzung wird von einer Demonstration, einer Kundgebung besorgter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des insolventen Unternehmens Qimonda, begleitet. Dafür hat unsere oder meine Fraktion großes Verständnis. Wir haben in der letzten Woche ein außerordentlich gutes Gespräch geführt, initiiert vom Betriebsratsvorsitzenden. Er hatte viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit. Ich

möchte einmal sagen: In Anbetracht der schwierigen Situation, in Anbetracht der Unsicherheit, in der sich die Familien befinden, war es ein außerordentlich konstruktives Gespräch. Dafür will ich mich an dieser Stelle namens meiner Fraktion noch einmal herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen diese Sorgen. Aber, meine Damen und Herren, wir sehen auch die Sorgen an anderer Stelle in unserem Land. In unserer Fraktion haben wir bei so einer Abwägung, was jetzt zu tun ist, auch andere Mittelständler im Land, Handwerker im Blick, die sich auch Sorgen machen.

Nun mag es ja sein, dass man sagt: Das ist alles nicht vergleichbar. Wenn aber ein Mensch Angst und Sorge hat und nicht weiß, wie es morgen weitergeht, dann ist die Situation schon vergleichbar.

(Beifall bei der CDU)

Herr Hahn, da will ich heute schon einmal eins hier festhalten: Wer in all den Jahren, in denen der Mikroelektronikstandort in Sachsen entstanden ist, nicht nur dafür gesorgt hat, dass in ganz verschiedener Weise der Freistaat Sachsen – und das bestreiten Sie ja nun nicht mehr – sinnvollerweise in erheblichem Umfang hier am Standort in Dresden viel Geld in die Hand genommen hat, es dazu aber immer auch gehörte, beim Geld in die Hand nehmen den Menschen im Land und insbesondere anderen Selbstständigen das zu erklären. Das hat die CDU-Fraktion gemacht. Die CDU hat es den Menschen erklärt und immer wieder dafür gesorgt, dass zum Schluss eine Mehrheit dafür zustande kam. Ich will ganz deutlich sagen: In dieser Verantwortung befinden wir uns wiederum, aber auch abzuwägen. Ich rate uns, bei diesem Abwägen einen kühlen Kopf zu bewahren.

Was mit dieser Sondersitzung beabsichtigt wurde, haben Sie deutlich gemacht, Herr Hahn: Es ist für Sie Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Ich will sagen: Das haben die Mitarbeiter von Qimonda nicht verdient, im Wahlkampf zerrieben zu werden. Deshalb brauchen wir einen kühlen Kopf. Und zu diesem kühlen Kopf gehört, dass man sich auch in einer schwierigen Zeit – das wird uns möglicherweise in diesem Jahr noch einige Male so gehen – erst einmal die Grundsätze anschaut.

Da will ich ganz bewusst am heutigen Tag den Grundsatz der CDU, der CDU-Fraktion, von dem wir uns leiten lassen, nennen. Es bleibt dabei: Für uns ist der Staat nicht der Unternehmer.

(Zuruf der Abg. Dr. Monika Runge, Linksfraktion)

Um noch einmal eines deutlich zu machen, wie widersprüchlich Ihre Argumentation ist: Sie konnten es sich auch am heutigen Tag nicht verkneifen, auf die Landesbank hinzuweisen. Es mögen große Unterschiede zwischen unseren Fraktionen und Parteien darin bestehen,

wie man mit der Schuldfrage umgeht. Aber in einem, hatte ich gedacht, wären wir uns doch wohl einig, dass wir eine Lehre daraus zu ziehen haben. Diese Lehre ist: Der Staat ist nicht der Banker. Das sollte man der Wirtschaft überlassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt müssen Sie doch bereit sein, zumindest anzuerkennen, dass ein Grundsatz unserer Partei ist – und es dabei auch in der Krise bleibt –: Wir setzen auch in der Krise auf die soziale Marktwirtschaft. Weltweit hat die soziale Marktwirtschaft

(Alexander Delle, NPD: Sozial?!)

den Menschen den größten Wohlstand gebracht. Wir weisen weiter darauf hin, was die Aufgabe des Staates ist.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

– Da kann man viel aufzählen. Dazu gehört auch, für sozialen Ausgleich zu sorgen. Dazu gehört auch die innere Sicherheit. Es gehören die Bildung, die Landesverteidigung oder die Terrorabwehr dazu. Es gibt – weiß Gott! – genug Aufgaben.

Ich will vielleicht einmal ein Bild verwenden, das nicht von mir ist. Wir hatten kürzlich eine Veranstaltung in Bautzen, auf der der Bundestagspräsident Prof. Lammert ein Bild brachte, das ich hier einmal verwenden will. In der Wirtschaft sollte dem Staat klar sein, dass seine Rolle die des Schiedsrichters ist, darüber zu wachen, dass ein Wettbewerb stattfindet und dass dieser fair ist.

Das ist vergleichbar, wenn ich das Bild des Schiedsrichters jetzt mit verwende, dass der Schiedsrichter dafür zu sorgen hat, dass Mannschaften gegeneinander spielen und die Regeln einhalten. Das ist die Rolle des Staates.

Der Bundestagspräsident hat darauf hingewiesen, wo die Gefahren liegen. Die Gefahr liegt eindeutig darin, dass der Schiedsrichter beginnt, selbst die Tore schießen zu wollen. Dann stelle man sich vor, wie ein solches Spiel stattfindet. Deshalb möchte ich ausdrücklich sagen: Die Rolle des Staates ist nicht die des Unternehmers.

(Beifall bei der CDU und der FDP –

Dr. André Hahn, Linksfraktion:

Aber auch nicht die des Schiedsrichters!)

Es ist nicht ganz leicht, in den Situationen in diesem Jahr ab und zu auf den Grundsatz hinzuweisen. Ich meine, den braucht man, um abzuwägen, worum es hier bei dem Mikroelektronikstandort in Sachsen geht. Das haben wir den Diskussionen der letzten Wochen und Monate entnommen: Es gilt unter anderem herauszufiltern, welche Unternehmen in unserem Land bestimmend sind. Man spricht von einer Systemrelevanz. Darüber müssen wir diskutieren.

Wie ist das in Sachsen? Ohne Zweifel hat die Mikroelektronik in Dresden eine Sonderstellung. Es gibt keine anderen Bewerber, Mitbewerber in Sachsen.

Wie ist das in der Bundesrepublik? Relativ übersichtlich, und wir werden weiter dafür werben, dass auch die Bundesregierung, die sich augenscheinlich Tag und Nacht zurzeit mit der Rettung von Opel beschäftigt, das so sieht. Bei allem Verständnis für Opel. Aber Opel – das liegt doch klar auf der Hand – ist ein Bewerber in einem Wettbewerb. Mitnichten ist dort eine Systemrelevanz zu erkennen, so sehr das jetzt vielleicht auch ein fleißiger Arbeiter von Opel bedauern mag. Aber das ist zunächst einmal anzuerkennen. Anders beim Mikroelektronikstandort, völlig anders.

Jetzt will ich eins ganz offen sagen zu dem Vorwurf, dass Stanislaw Tillich ein Provinzpolitiker sei. Ich glaube, es ist gerade ein großer Vorteil in dieser Zeit, dass Stanislaw Tillich an die neun Jahre auf europäischer Ebene gearbeitet hat.

(Beifall bei der CDU)

Er hat etwas geschafft, was ich am heutigen Tag hier einmal herausstellen will, weil er nämlich viele Jahre daran gearbeitet hat. Daran hat sein Vorgänger Kurt Biedenkopf gearbeitet. Daran hat Georg Milbradt gearbeitet. Stanislaw Tillich ist es gelungen, auf europäischer Ebene endlich Verständnis dafür zu entwickeln, dass es sich um einen einmaligen Industriestandort in Europa handelt. Es ist ihm gelungen, dass anerkannt wird, dass die Mikroelektronik in Dresden als eine Industrie von europäischem Rang bezeichnet wird.

(Beifall bei der CDU)

Nun hoffen wir natürlich auch, dass die Europäische Union bei allem Bemühen, Qimonda hier zu retten, dazu steht. Aber heute darüber zu befinden ist einfach zu früh.

Aus meiner Argumentation heraus wird es Ihnen doch wohl auch klar sein, dass es mit der CDU-Fraktion nie einen Beschluss zu einer Staatsbeteiligung gibt, weil eine Staatsbeteiligung für uns kein Wert an sich ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –

Dr. André Hahn, Linksfraktion: Nie?!)

Für Sie offensichtlich, aber für uns ist es kein Wert an sich.

Aber eine Staatsbeteiligung – wenn man einmal die Geschichte vom Mikroelektronikstandort insgesamt in Dresden anschaut, dann hat sich die Staatsregierung beim Aufbau, bei Investitionen in ganz unterschiedlicher Weise immer sehr wesentlich daran beteiligt – unterstützt, verbürgt, alle Möglichkeiten, die man sich nur denken kann.

Meine Fraktion wird die Staatsregierung darin unterstützen – auch wenn die Zeit knapp wird –, daran zu arbeiten; weil wir möchten, dass diese Schlüsseltechnologie in Europa, in der Bundesrepublik Deutschland und hier im Freistaat Sachsen erhalten bleibt.

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion,
steht am Mikrofon.)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Steffen Flath, CDU: Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion erhält das Wort; Herr Abg. Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich zunächst bei Wirtschaftsminister Thomas Jurk bedanken. Von Anfang an hat er alles getan, um den drohenden Zusammenbruch von Qimonda zu verhindern. Unzählige Gespräche auf allen Ebenen dienten nur einem Ziel: eine Perspektive für dieses Unternehmen und seine Mitarbeiter zu schaffen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Es wäre schön gewesen, wenn alle Verantwortungsträger dies mit genauso viel Engagement getan hätten. Erst als Qimonda und Infineon die Vereinbarungen im Finanz- und Businessplan nicht mehr einhalten konnten oder wollten, gab es für die Insolvenz keine Alternative mehr. Es gab keine privaten Investoren, die in größerem Umfang bei Qimonda einsteigen wollten; und Blankoschecks über Steuergelder sollten wir wegen der auffallenden Zurückhaltung der Muttergesellschaft Infineon, der Marktlage und der Fehler des Managements nicht ausstellen. Die Anstrengungen haben auch nach der Insolvenz nicht nachgelassen. Wir müssen die vielen Arbeitsplätze und den Hochtechnologiestandort für Sachsen, Deutschland und Europa erhalten. Die heutige Sitzung dagegen trägt zur Rettung von Qimonda nichts bei.

(Beifall bei der SPD)

Ja, es wurde hier bereits auf den politischen Stil eingegangen. Was ist es für ein politischer Stil, wenn man bereits in der letzten Woche geplant hat, eine Sondersitzung durchzuführen, obwohl wir gerade eine Plenarsitzung hatten?! Wir hätten doch über einen Dringlichen Antrag sprechen können. Man wollte nichts anderes als heute dies als politisches Schaulaufen zu nutzen – nichts anderes!

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der Linksfraktion und
der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Weil innerhalb der Linken die 31 Stimmen wahrscheinlich nicht mehr zusammengekommen sind, wurden die GRÜNEN sozusagen als notwendige Stimmenbeschaffer hinzugezogen. Es tut mir leid, liebe Antje Hermenau, starke Worte allein nützen nichts, da braucht man schon Substanz.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wenn man anderen ein schlechtes Zeugnis ausstellen will, muss man aufpassen, dass man unter dem eigenen Rede-

manuskript nicht die Beurteilung „Am Thema vorbei!“ stehen hat.

(Beifall bei der SPD – Antje Hermenau, GRÜNE:
Ja, ja. Das bewerten andere!)

Nehmen Sie doch bitte Ihren Antrag, verteilen Sie ihn und zeigen Sie, was darin steht! Der erste Teil ist erfolgt. Thomas Jurk hat heute in seiner Rede genau das erfüllt, was Sie im ersten Teil wollten.

(Zurufe von der Linksfraktion)

Wenn der zweite Teil das Konzept ist, das Sie vorschlagen, dann ist Ihnen die Staatsregierung bereits meilenweit voraus.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Sie sprechen von der Minderheitsbeteiligung. Das tut Thomas Jurk ebenfalls. Aber Thomas Jurk hat in seiner Rede vorhin deutlich gemacht, welche Bedingungen notwendig sind und wie er sich diese Beteiligung vorstellt. Von Ihnen: nichts, keine Substanz.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Der vorliegende Antrag suggeriert: Heute wird im Landtag eine Entscheidung über Qimonda getroffen, und wer unserem Antrag nicht zustimmt, arbeitet gegen den Erhalt von Qimonda. – Dies ist beides falsch.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Hier wird heute keine Entscheidung über die Zukunft von Qimonda gefällt, und der Antrag ist in dieser Form auch nicht zustimmungsfähig. Diese Sondersitzung ist der durchsichtige Versuch, in einer komplizierten Lage mit einfachen Botschaften Punkte zu machen. Sie wollen den Eindruck erwecken, die Verantwortlichen würden nichts tun. Aber genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall der Abg. Margit Wehnert, SPD,
und bei der CDU)

Aber bei allen Bemühungen vonseiten des Wirtschaftsministers muss man auch sagen: Die Grundbedingungen für das Unternehmen sind und bleiben ungünstig. Die Wirtschaftskrise hinterlässt auch in der Chipbranche tiefe Spuren. Der Umsatz der inländischen Hersteller von Mikrochips wird nach Schätzungen 2009 um knapp ein Viertel schrumpfen. Das kann nicht ohne Auswirkungen auf Qimonda bleiben. Das Geschäftsjahr, das am 30. September 2008 endete, hat Qimonda wahrscheinlich mit einem Defizit von 1,9 Milliarden Euro beendet.

Natürlich kann man schlecht investieren, wenn man Verluste macht. Dabei ist aber schon vorher viel zu viel verpasst worden. In den für Qimonda und Infineon sehr erfolgreichen Jahren wurden die notwendigen Investitionen viel zu zögerlich umgesetzt. Das Mutterunternehmen Infineon hat in den Verhandlungen nicht den Eindruck erweckt, als sei es wirklich an der Rettung interessiert. Trotz der widrigen Umstände kämpft Thomas Jurk um Qimonda und um jeden Arbeitsplatz.

Die politisch Verantwortlichen auf allen anderen Ebenen zeigen dagegen sehr wenig Interesse daran, Hochtechnologien und Arbeitsplätze zu erhalten. Von den zuständigen Vertretern der Bundesregierung gibt es nur müde Absichtserklärungen ohne Folgen. Der Bundeswirtschaftsminister fliegt lieber in die USA, um die Chancen für Opel zu sondieren. Heraus kommt aber ein Schaulaufen für die Journalisten. Von staatlichen Beteiligungen an Unternehmen hält Herr zu Guttenberg in guter ordnungspolitischer Manier generell wenig. Eine Ausnahme scheint die Scheffler-Gruppe zu sein, die sich an ihrem Continental Deal mörderisch verhoben hat. Da ist dem CSU-Politiker die Jacke näher als die Hose. Die Arbeitsplätze von Scheffler liegen auch in Bayern, und nicht in Sachsen. Aber wie unser Wirtschaftsminister schon richtig sagte: Der Sitz von Qimonda ist München. Bayern ist deshalb auch betroffen, und die Europäische Union ist nicht wirklich bereit, dem letzten europäischen Halbleiterstandort unter die Arme zu greifen.

Dass hier mit europäischem Wettbewerbsrecht argumentiert wird, kann man nur als Farce bezeichnen. Europäischen Wettbewerb gibt es in dieser Branche nicht. Dresden ist der letzte europäische Standort, an dem Forschung und Entwicklung stattfinden. Es gibt jedoch einen ruinösen globalen Wettlauf der Chiphersteller. Wenn dieser so weitergeht, kann im Ziel nur ein Unternehmen übrig bleiben. Qimonda wird es nicht sein, wenn der Wettlauf auf asiatischer Seite weiter mit Milliarden Euro Staatshilfe unterstützt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz dieser ungünstigen Umstände wurde Tag und Nacht an einer Lösung gearbeitet, und dafür gibt es wirklich einleuchtende Gründe. Sachsen, Deutschland und Europa brauchen den Hightech-Standort in Dresden. Insgesamt wurde seit Beginn der Neunzigerjahre in den Chipstandort Dresden ein Volumen von knapp 12 Milliarden Euro investiert. So entwickelte sich das größte Halbleiterentwicklungszentrum in Deutschland, gleichzeitig das größte industrielle Forschungs- und Entwicklungszentrum in Ostdeutschland überhaupt. Wir sprechen über den sächsischen Mikroelektronikcluster. Qimonda und Infineon spielen für diesen Cluster eine zentrale Rolle. Unserer Meinung nach kann man nicht erst Leuchttürme bauen und beim ersten Sturm das Licht ausschalten. Das ist ein trauriger Umgang mit dem Erbe Kurt Biedenkopfs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In allen politischen Lagern besteht Konsens darin, dass wir Qimonda erhalten wollen. Das kann ich jedenfalls dem entnehmen, was die Staatsregierung, die sie tragenden Fraktionen und große Teile der Opposition vertreten. Einzig die FDP handelt wie immer nach der Devise „Nach uns die Sintflut!“ und hält weiter an ihrer marktradikalen Propaganda fest. Die vielen Menschen, die von der Insolvenz von Qimonda betroffen sind, spielen in ihrer liberalen Welt keine Rolle.

Kleiner wird der Konsens bei der Frage, wie sich der Freistaat bei der Rettung engagieren soll. Staatliche Beteiligungen sind aus unserer Sicht grundsätzlich ein

sinnvolles Mittel, um Unternehmen zu helfen. Thomas Jurk hat immer deutlich gemacht, dass sich der Freistaat bei Qimonda finanziell engagieren werde. Deshalb stehen wir dafür, dass wir uns für eine gewisse Zeit als Anteilseigner für Qimonda am Standort Dresden einbringen. Aus unserer Sicht geht das nur durch eine Minderheitsbeteiligung von mindestens 25 % und eine Aktie. Damit hätten wir die Sperrminorität, die ein Engagement absichern könnte; denn wir wollen Qimonda hier am Standort Sachsen erhalten. Das ist der beste Weg.

Ein mögliches Modell ist in der Vergangenheit bereits erfolgreich angewendet worden. Die Messegesellschaft war beim Vorgänger von Qimonda beteiligt und ist mit einem Gewinn von fast 80 Millionen Euro nach einiger Zeit wieder ausgestiegen.

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion: So ist es!)

Dieser Ansatz wird auch vom Insolvenzverwalter als der erfolversprechendste eingestuft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eben waren wir draußen bei den Demonstranten. Dort sind uns Menschen begegnet, die Hoffnung haben – darauf, dass es weitergeht. Mir gefällt, dass die Belegschaft nicht aufgibt. Sie glaubt an ihr Unternehmen und an die Zukunft der von ihnen entwickelten Technologie. Daran glaube ich auch. Deswegen kann ich allen hier im Saal und auf der Tribüne versichern: Wir geben nicht auf! Wir kämpfen bis zum Schluss um Qimonda! Wir kämpfen um das Unternehmen und um jeden Arbeitsplatz! Wir werden jede Chance nutzen, damit Qimonda in Dresden eine Zukunft hat!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Staatsministers Thomas Jurk)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die NPD-Fraktion erhält das Wort; Herr Apfel, bitte.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vorweg: Herr Jurk, es ist absurd, wenn Sie auch heute wieder vom aus dem Nichts kommenden privaten Großinvestor fantasieren, der Qimonda vielleicht in der zwölften Stunde dann doch noch in Gänze übernehmen würde. Sie wissen genauso gut wie wir alle, dass dies angesichts der schwersten Weltwirtschaftskrise seit Menschengedenken Wunschdenken ist.

Wir alle wissen: Ohne Staatsbeteiligung wird Qimonda zerschlagen werden. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Herr Jurk, ein Staat, der sich weigert, Verantwortung zu übernehmen, und keine Position bezieht, hat keine Verhandlungsposition mehr. Ihre Rede von heute hat wieder einmal gezeigt, dass die Regierung letztendlich nichts, aber auch gar nichts machen wird.

Welchen Unterschied stellt das heutige Zaudern doch zum Regierungshandeln vor eineinhalb Jahren dar? Erinnern Sie sich noch: Als im Dezember 2007 der Notverkauf der sächsischen Landesbank an die Landesbank Baden-Württemberg zu scheitern drohte, ließ sich die Staatsre-

gierung nicht lumpen und stellte sofort eine gigantische Landesbürgschaft in Höhe von 2,75 Milliarden Euro bereit. Damals wurde nicht einmal darüber diskutiert, ob diese Maßnahme sinnvoll ist oder nicht. Die Vergabe der Bürgschaft wurde einfach durch Kabinettsbeschluss und ohne Nachtragshaushalt angeordnet, als ob wir noch immer in den seligen Zeiten der sächsischen Monarchie leben würden.

Ähnlich verhält es sich auch mit einem Finanzmonster namens HRE. 102 Milliarden Euro an Staatsbürgschaften wurden ihr bislang zur Verfügung gestellt, obwohl ihr früherer Vorstandsvorsitzender Georg Funke die Übernahme des Staatsfinanziers DEPFA 2007 mit einem Roulettespiel verglich, da sie langfristige Kredite kurzfristig refinanzieren. Funke und die anderen Vorstandsmitglieder und Manager wussten also genau, was sie taten, als sie die Bank mit ihrem verantwortungslosen Handeln in den Ruin trieben und ihr Vermögen verschleuderten. Obwohl die SLB und die HRE ganz eindeutig durch waghalsige und geradezu selbstmörderische Spekulationen nicht nur die eigene Existenz, sondern auch den Landes- und Bundeshaushalt aufs Spiel setzten, gab es keinen etablierten Bundes- oder Landespolitiker, der die Rettung dieser beiden Zockerbanken auch nur infrage gestellt hätte. Anzumerken bleibt noch, dass es sich bei beiden Institutionen um Steuerflüchtlinge handelte, die ihre Geschäfte größtenteils nach Irland verlegt hatten, um dort unbehelligt vom Fiskus und von der deutschen Aufsicht am großen Spekulationsrad mitzudrehen.

Wie anders stellt sich doch die Situation dar, wenn es um Rettungsbemühungen für die deutsche Halbleiterindustrie geht, die zum großen Teil in und um Dresden angesiedelt ist! Während für Banken großzügige Rettungspakete in dreistelliger Milliardenhöhe aufgelegt werden, hat die Politik hier in Dresden, in Berlin und Brüssel für die Probleme der deutschen Chipindustrie, der das Wasser bis zum Hals steht, keinen Blick.

Dabei kann man die Situation, die spätestens bei der Insolvenz von Qimonda eingetreten ist, nur als dramatisch bezeichnen. Ein Dominoeffekt ungeahnten Ausmaßes droht, weil Qimonda mit seiner Muttergesellschaft Infineon Forschungseinrichtungen gemeinsam betreibt und nutzt. Ein völliger Ausfall Qimondas als größter und bedeutendster Teil des Dresdner Halbleiternetzwerkes wird zur Kettenreaktion führen, an deren Ende die Zerstörung der gesamten sächsischen Halbleiterindustrie stehen wird.

Der Journalist Uwe Kuhr hat in der „Freien Presse“ vom 12. März die Situation deshalb zu Recht mit dem Untergang der Titanic verglichen, da die momentanen Debatten um eine mögliche Qimonda-Rettung zu sehr auf das Unternehmen selbst fixiert seien, obwohl dies doch nur die Spitze des Eisberges sei.

Nein, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor! Es stehen mittlerweile 12 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern auf der Kippe, die seit der Wende für die Förderung der Halbleiterindustrie geflossen sind. Die

Staatsregierung scheint wild entschlossen zu sein, diese Fördermilliarden nun komplett abzuschreiben und Qimonda untergehen zu lassen. Der Insolvenzverwalter betont immer wieder, dass sich ohne Beteiligung Sachsens, Bayerns und des Bundes ein Investorenkonzept nicht durchsetzen lässt und eine Staatsbeteiligung mit Eigenkapital die einzige Möglichkeit sei, die Zerschlagung von Qimonda zu verhindern. Dieser letzten Möglichkeit verweigert sich die Staatsregierung allerdings aus rein ideologischen Gründen.

Es ist schon absurd. Die 12 Milliarden Euro an öffentlichen Fördergeldern, die in den letzten zwei Jahrzehnten in die Chipindustrie geflossen sind, waren für die an der Regierung befindliche CDU niemals auch nur einen kritischen Gedanken wert. Eine Staatsbeteiligung aber, die einen winzigen Bruchteil der schon ausgezahlten Fördersumme ausmachen würde, lehnt man mit der engstirnigen Begründung ab, dass ja niemand einen VEB Qimonda wolle.

Die Belegschaft wird derweilen mit einer ausgebufften Argumentationsstrategie hingehalten, mögliche Investoren würden auf eine staatliche Beteiligungszusage warten. Die Staatsregierung macht eine staatliche Beteiligung wiederum von der Zusage eines Investors abhängig. Mit solch argumentativen Zirkelschlüssen, die an die Frage erinnern, ob zuerst die Henne oder das Ei da war, will der Ministerpräsident seine eigene Führungsschwäche gegenüber seiner CDU-Fraktion verdecken, die ihm schon im Januar in der Frage eines Notkredites für Qimonda die Gefolgschaft verweigert hat. Das Ende vom Lied ist, dass die Entscheidungs- und Verantwortungsträger seelenruhig dabei zuschauen können, wie der Halbleiterstandort Dresden vor ihren Augen Schiffbruch erleidet und das wohl ehrgeizigste Industrieprojekt, das seit der Wende in Mitteldeutschland angestoßen wurde, immer mehr scheitert.

Im Übrigen steht die Staatsregierung mit ihrer Ignoranz gegenüber den existenziellen Problemen des größten ostsächsischen Arbeitgebers wahrlich nicht allein da. Für die Stadt Dresden – Zitat – „ist es nicht so dramatisch“. Mit dieser Stellungnahme zur Qimonda-Insolvenz wurde der Dresdner Wirtschaftsbürgermeister Dirk Hilbert von der FDP im „Handelsblatt“ am 3. Februar 2009 zitiert. Nun ist es eine traurige Wahrheit, dass die Halbleiterindustrie im Gegensatz zu Familienunternehmen, Fahrzeugherstellern und Banken in Deutschland keine Lobby hat. Es dürfte aber einmalig sein, dass ein Wirtschaftsbürgermeister einem in der eigenen Stadt ansässigen Großunternehmen derart in den Rücken fällt, wie es Herr Hilbert im Fall von Qimonda schon des Öfteren tat. Hat Herr Hilbert eigentlich noch nichts davon gehört, dass selbst nach konservativen Schätzungen des Wirtschaftsministeriums durch die Qimonda-Insolvenz bis zu 15 000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bedroht sind, und dass mit dramatischen Auswirkungen bis hin zur Hotellerie, Gastronomie und zum Immobilienmarkt gerechnet wird?

Herr Zastrow, ich weiß nicht, ob Sie eine ähnliche, marktradikale Haltung wie Ihr Parteifreund vertreten und ob für Sie der drohende wirtschaftliche Niedergang Dresdens auch nicht so dramatisch ist. Aber klären Sie doch mal Ihren ahnungslosen Parteifreund über die Bedeutung von Qimonda für die Region auf!

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die Position der NPD klarstellen. Wir haben noch niemals die von CDU-Landespolitikern geschürte Euphorie über das nun angeblich im oberen Elbtal entstehende Silicon Saxony geteilt. Dieser alberne Anglizismus überdeckt schon immer die Tatsache, dass die Erfolge der Halbleiterindustrie mit horrenden Subventionszahlungen in Milliardenhöhe erkaufte wurden und die gesamte Branche am Tropf eines launischen Weltmarktes hing, der ständig zwischen Boom und Depression geschwankt hat. Das Gerede von Silicon Saxony überdeckt weiter, dass der Standort Dresden gänzlich von den sogenannten Schweinezyklen der Prozessor- und Speichermarkenproduktion abhing und der so hoch gelobte Halbleiterleuchtturm Dresden schon immer eher einem einsturzgefährdeten Turmbau zu Babel glich.

Was hätte man mit einem Bruchteil des Geldes nicht alles machen können, um eine wirklich krisenfeste, beschäftigungsintensive und breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur in Dresden und im oberen Elbtal zu fördern! Schon jetzt beschäftigen nach Angaben des Statistischen Landesamtes die mittelständischen Firmen mit bis zu 250 Beschäftigten doppelt so viele Leute wie die wenigen Großbetriebe, die es im Umkreis gibt. Schon jetzt also ist der Mittelstand der Arbeitsplatzmotor der Region, der seine großen wirtschaftlichen Leistungen ohne Milliardensubventionen erbringt.

Warum hat man beim Aufbau des IT-Standortes Dresden nicht mit einem Bruchteil der für die Halbleiterindustrie aufgewandten Gelder die kleinen Spezialisten und anwendungsbezogenen Mittelständler gefördert, die ihre Krisen in ihren Nischen überleben und im Abschwung Stabilität bieten? Dies alles hat die Staatsregierung in fahrlässiger Weise unterlassen, obwohl klar war und wir sie immer wieder darauf hingewiesen haben, dass die rein subventions- und weltmarktabhängigen Leuchttürme in den sächsischen Metropolen ganz schnell verlöschen werden, wenn die Weltwirtschaft in eine Krise gerät, genauso wie wir das jetzt erleben müssen.

Aus reinen ideologischen Gründen wurden in den letzten beiden Jahrzehnten immer nur Branchen mit hoher Export- und Weltmarktorientierung gefördert und damit einer entstehenden Monostruktur der Volkswirtschaft Vorschub geleistet, die am Ende dieser Entwicklung nur noch aus einigen, auf den Export ausgerichteten Branchen besteht.

Wir Nationaldemokraten waren über Jahre die Einzigen in diesem Hause, die den Umbau unserer Volkswirtschaft in eine reine Exportwirtschaft kritisiert haben, auch wenn inzwischen selbst einige Abgeordnete der Linken so

reden, als ob sie das Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft erdacht hätten.

Davon unabhängig steht für uns außer Frage, dass der Halbleiterstandort Dresden mit seiner hohen Vernetzung von 1 500 Herstellern und Zulieferern und seinen circa 44 000 Arbeitsplätzen natürlich erhalten werden muss und die Erhaltung dieser Industrie natürlich auch nicht durch Träumereien vom großen Solarstandort Sachsen kompensiert werden kann. Die Sicherung des Halbleiterstandorts Dresden wäre die klassische Aufgabe einer deutschen Industriepolitik. Aber allein schon der Begriff Industriepolitik scheint im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich, Japan, China, Taiwan oder Südkorea in Deutschland ein Fremdwort zu sein. Es ist kein Wunder, denn der Begriff der Industriepolitik ist eng mit dem nationalen Interesse verknüpft, dass er in Deutschland nach dem Wunsch der eigenen Politeliten nichts mehr zu gelten hat.

Dabei läge eine starke, innovative und in Deutschland beheimatete Halbleiterindustrie im höchsten Maße im nationalen Interesse, denn die beiden deutschen Schlüsselbranchen, der Fahrzeug- und der Maschinenbau, sind heute mehr denn je auf eine Vielzahl an elektronischen Steuerungselementen angewiesen.

Machen wir uns nichts vor: Die Halbleitertechnik ist zu einer Art Rohstoff geworden, deren günstigste Verfügbarkeit auf höchstem technischem Niveau entscheidend für die Wirtschaft eines Landes ist. Deshalb ist es auch Unsinn, wenn einige Tiefflieger aus den etablierten Parteien behaupten, dass Qimonda ja gar kein systemisch wichtiges Unternehmen sei. Das genaue Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren. Wenn es Sachsen und dem Bund nicht gelingt, Forschung und Fertigung im Land zu halten, droht Deutschland auch in dieser Schlüsselindustrie vom Wohlwollen anderer Länder letztlich abhängig zu werden.

Sicher, in Zeiten, in denen Chips als billige Massenware den Weltmarkt überschwemmen, mag es zunächst verlockend sein, den schwierigen Markt anderen Nationen zu überlassen. Ein solches rein marktorientiertes Eintagsfliegen-denken wird heute allerorten gepflegt. Das böse Erwachen käme aber auch hier schneller als gedacht, wenn man sich ausgerechnet in einer der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts von den Asiaten oder den Amerikanern abhängig machen würde.

Auch die Franzosen sind den Deutschen in der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen weit voraus und haben der Staatsregierung vor Kurzem gezeigt, wie beherztes Handeln aussieht. Als Zuschuss zur Forschung und Investition haben die Franzosen erst kürzlich 485 Millionen Euro in ihre Halbleiterindustrie gesteckt. Den Franzosen ist es im Zweifelsfall auch gleichgültig, was die EU-Wettbewerbskommission zu ihren Plänen sagt: Auch im Betreiben einer autonomen und selbstständigen Wirtschaftspolitik sind sie den Deutschen um Welten voraus.

In einem offenen Brief haben inzwischen über 37 Institutsleiter und Hochschullehrer, darunter Nobelpreisträger, an Bundeskanzlerin Merkel appelliert,

Qimonda zu retten. In dem Brief heißt es unter anderem – ich zitiere –: „Bei einer Insolvenz würden Deutschland und Europa eine strategisch wichtige Hochtechnologie aufgeben, deren innovative Ausstrahlung auf andere Industriezweige nachweisbar ist. Jeder Tag zählt. Die Existenz der Firma Qimonda und des Standorts Dresden ist für die Mikroelektronik als durchdringende Technologie in vielen Industriebranchen von zentraler Bedeutung für Deutschland und Europa. Um hierbei nicht in Abhängigkeiten zu geraten, die aus einer drohenden Monopolstellung von staatlich gestützten Halbleiterherstellern außerhalb der EU resultieren wird, ist die Erhaltung des Standorts Dresden von höchster Dringlichkeit.“

Meine Damen und Herren! Dem ist wenig hinzuzufügen. Mein Kollege Dr. Johannes Müller wird später noch unseren Änderungsantrag einbringen, da es sich unserer Auffassung nach die Antragsteller von Linksfraktion und GRÜNEN mit ihrer nicht näher erläuterten Forderung nach einem Qimonda-Erhalt doch etwas zu einfach gemacht haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die FDP-Fraktion erhält das Wort. Herr Zastrow, bitte.

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten einmal versuchen, den Wahlkampf ein bisschen aus der Debatte herauszulassen.

(Beifall bei der FDP – Unruhe im Saal)

Beifall nach der ersten Wortgruppe – so kann es weitergehen und die Debatte ein Stück weit vom Kopf auf die Füße stellen. Für mich ist es ganz wichtig, dass wir vielleicht in der gesamten Debatte um den Wirtschaftsstandort Sachsen eine Frage beantworten, nämlich die, wer eigentlich der Träger der wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates Sachsen ist,

(Zuruf der Linksfraktion: Nicht die SPD!)

wo der wirtschaftliche Kern unseres Landes liegt und wo die Wurzeln des Erfolges der letzten Jahre liegen. Ich frage Sie, ob es tatsächlich die Großkonzerne sind und wirklich die Großkonzerne, die sich in den letzten Jahren vor allem darin einen Namen gemacht haben, dass sie undurchsichtige Umstrukturierungsmaßnahmen vorgenommen oder ihren Firmennamen binnen kürzester Zeit mehrfach geändert haben. Sind es tatsächlich die Großbetriebe, die vor allem deshalb zu uns gekommen sind, weil sie hier gigantische Subventionen und besondere Sonderrechte abgreifen konnten?

Oder, meine Damen und Herren, wird unser Land und wird das, was Sachsen auszeichnet, nicht in besonderer Weise eher vom Mittelstand geprägt? Ich bin mir sicher, dass der einzigartige Aufschwung, den Sachsen seit der Wende erlebt hat, ganz wesentlich von kleinen und mittleren Unternehmen bewältigt worden ist und dass es

diese Unternehmen sind, die unseren wirtschaftlichen Aufschwung tragen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Im Jahr 2007 arbeiteten 86 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im sächsischen Mittelstand. Bezogen auf den Jahresumsatz gehören 99,9 % aller sächsischen Unternehmen zu mittelständischen oder zu Kleinunternehmen. Es sind vor allem diese Unternehmen, die dafür sorgen, dass wir in Sachsen genügend Ausbildungsplätze haben, die sich vor Ort gesellschaftlich engagieren und Sportvereine, Schulen sowie Kultureinrichtungen unterstützen und die vor allem – das ist mir ganz wichtig – erstens Steuern zahlen und zweitens diese Steuern hier in Sachsen zahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Es sind diese kleinen und mittleren Unternehmen, die persönlich mit ihrem Gesicht, mit ihrem Namen für das haften, was sie tun, die nicht bei jeder Krise davonlaufen, weil sie es gar nicht können, und die nicht permanent auf der Suche sind, ob man nicht vielleicht in Asien noch ein paar Cent besser und vor allem billiger produzieren kann oder ob es vielleicht irgendwo in Asien noch mehr Staatsubventionen abzufassen gilt.

Der Mittelstandsbericht 2008 zeigt es sehr deutlich: Sachsen ist im Bundesvergleich durchschnittlich viel mehr mittelständisch geprägt als andere Bundesländer. Der Mittelstand ist die Säule unserer Wirtschaft. Der Mittelstand in Sachsen ist systemrelevant. Das sollten wir in dieser Debatte auf keinen Fall vergessen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich, das ist auch mir klar, lieber Kollege Scheel, kommt es auch in Sachsen auf die Mischung an. Wir brauchen in Sachsen große und kleine Unternehmen, sollten aber auch bereit sein, Unterschiede zu machen. Es gibt eine Menge Konzerne, die auch in Sachsen aktiv sind, wenn ich zum Beispiel an Volkswagen Sachsen denke, an Porsche oder auch an AMD, die Großartiges für den Freistaat Sachsen leisten und auch in der Krise zu ihrer Verantwortung stehen. Aber es gibt eben auch Subventionsnomaden, die überall auf der Welt nur nach kurzfristig erzielbaren Rekordrenditen schießen, morgen weiterziehen und denen der Standort und denen die Mitarbeiter an diesem Standort völlig egal sind, meine Damen und Herren.

Herr Müntefering nannte diese Subventionsnomaden einmal Heuschrecken. Eines sollte uns allen klar sein: Mit solchen Heuschrecken kann der Staat mit dem Geld der Steuerzahler nicht zusammenarbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Es mag sein, dass der Staat in Ausnahmen helfen kann, wenn ein insgesamt solides Unternehmen mit einem klaren Zukunftskonzept und mit einem langfristigen Bekenntnis zum Standort und zu den Mitarbeitern durch eine Krise in Schwierigkeiten gekommen ist. Leider

haben wir es aber eben bei Qimonda nicht mit solch einer Situation zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Die Probleme bei Qimonda haben mit der Finanzkrise, wie wir alle wissen, nur ganz, ganz wenig und auch mit der Wirtschaftskrise nur ganz bedingt etwas zu tun. Sie haben ihre Ursache in der Branche – Martin Dulig hat es vorhin ausgeführt –, ganz gewiss auch in schweren Managementfehlern und auch in der Tatsache, dass in guten Zeiten keine Vorsorge für kommende schlechte Zeiten getroffen wurde.

Was mich auch sehr stört, ist das nach wie vor fehlende Bekenntnis der Mutter in München zu ihrer Tochter hier in Dresden.

Wir reden heute über die Folgen eines wichtigen Unternehmens und einer Insolvenz. Nur stimmen dabei offenbar die Unternehmensgröße, die Zahl und die Lautstärke der Stimmen. Wenn – darauf möchte ich hinweisen – kleine und mittelständische Unternehmen pleite gehen, geschieht das meistens ganz im Stillen. Ohne viel Aufsehen wird bei denen – so hat es gerade die IHK in Dresden formuliert – einfach die Tür zugemacht. Lassen Sie es mich vielleicht so sagen: Wenn es um 3 000 Arbeitsplätze geht, die gefährdet sind, kommt vielleicht noch der Wirtschaftsminister. Geht es um 300, kommt vielleicht der Bürgermeister und der Landrat. Geht es um 30, kommt am Ende nur noch der Gerichtsvollzieher vorbei. Das ist nicht die Auffassung von Politik, die wir sehen. Es kann nicht sein, dass man in Deutschland nur groß genug sein muss, damit die Politik vorbeikommt und mit Geldscheinen wedelt. Wir haben diesbezüglich eine andere Auffassung von vernünftiger Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich eines ganz klar feststellen: Eine Staatsbeteiligung ist für die FDP keine Lösung – weder eine Mehrheitsbeteiligung noch eine Minderheitsbeteiligung und auch nicht vorübergehend. Es gibt nach den uns vorliegenden Informationen im Moment kein Indiz dafür, dass solch eine Staatsbeteiligung kein Fass ohne Boden ist.

Es gibt auch kein Indiz dafür, dass sich Qimonda durch eine Staatsbeteiligung kurzfristig erholt, um dann langfristig erfolgreich wirtschaften zu können. Das Angebot der Chinesen ist – bei allem Respekt –, so wie ich es lese, ein ganz starker Grund, jetzt noch viel skeptischer als zuvor zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Dass die neue Technologie tatsächlich ein Erfolgsmodell ist und dass sich die neuen Chips am Markt für einen ordentlichen Zeitraum zu guten Preisen verkaufen lassen, weiß niemand, und es ist sicher auch ein Stück Hoffnung, die mitschwingt. Wenn der Insolvenzverwalter von Qimonda trotz intensivster Bemühungen auch in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium – die Bemü-

hungen unseres Wirtschaftsministers können sich wirklich sehen lassen – und der Bürgschaftszusagen des Freistaates Sachsen im Rücken keinen geeigneten privaten Investor finden konnte, so könnte dies auch als Warnung vor und nicht als Aufforderung für ein direktes staatliches Engagement verstanden werden.

(Beifall bei der FDP)

Für private Investoren ist das Geschäftsmodell von Qimonda offensichtlich zu riskant. Wenn es aber kein starkes und deutliches Beteiligungssignal aus der Privatwirtschaft gibt, dann sollte auch der Staat die Finger davon lassen, meine Damen und Herren.

Der Freistaat hat keinen Businessplan für Qimonda und er hat gleich gar keinen Businessplan für das, was auf den internationalen Chipmärkten passiert. Er hat „nur“ die Steuermillionen der Bürger, und wir sind dazu verpflichtet, diese sparsam, sinnvoll und nachhaltig zu verwenden.

Ich befürchte, dass mit einer Staatsbeteiligung an Qimonda Dämme brechen – auch Dämme hier in Sachsen –, und es muss sich schon jeder die Frage gefallen lassen, an welchem Unternehmen, das unter Umständen in diesem Jahr oder im Laufe der nächsten zwei Jahre auch noch in die Krise folgt, sich Sachsen dann wieder beteiligen soll. Sachsen droht in eine Art „Subventionshamsterrad“ zu geraten, welches mit staatlichen Millionenspritzen immer wieder neu in Schwung gebracht werden muss. Es wird sich mit einer irren Geschwindigkeit drehen, aber trotzdem werden wir keinen Millimeter vorwärts kommen. Eine solche Politik, meine Damen und Herren, kann Sachsen nie und nimmer durchhalten; es wäre eine falsche Politik.

(Beifall bei der FDP)

Wenn eine Staatshilfe – in welcher Form auch immer – überhaupt infrage kommt, dann kommt für uns als FDP nur eine europäische Lösung infrage. Der Speichermarkt ist, wie er ist. Ich glaube, uns ist allen klar, dass wir von Lissabon und von Dresden aus die Spielregeln, die in Asien und in Amerika gelten, nicht ändern können. Deshalb muss Europa entscheiden, ob man die Herstellung von Massenchips und deren Verkauf für Preise, die oft unter den Herstellungskosten liegen, langfristig auf unserem Kontinent sichern will.

Ich selbst kann es nicht so richtig einschätzen, ob die Produkte von Qimonda tatsächlich von fundamentaler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Europa sind; und ich vermag es auch nicht einzuschätzen, ob diese Speicherchips aus geostrategischen Gründen unbedingt in Europa und unbedingt von einem europäischen Unternehmen entwickelt und produziert werden müssen. Dazu fehlt mir schlichtweg der Einblick. Das ist eine Frage, die Europa insgesamt mit allen nationalen Regierungen und vor allem auch der Europäischen Kommission beantworten muss. Meine Skepsis zur Beantwortung dieser Frage ist da; ich weiß aber auch, dass es in anderen Bereichen durchaus so gewesen ist, dass man die Frage mit Ja beantwortet hat. Für mich wäre das der einzige Weg, bei

dem wir eine Form der Staatsbeteiligung überhaupt rechtfertigen könnten.

Ich möchte noch an eine andere Sache erinnern. Der Fall Qimonda ist nicht neu in Sachsen. Nach der Wende gab es Qimonda tausendfach in Ostdeutschland. Damals – übrigens wirklich über Nacht und nicht mit einer relativ langen Ansage, die wir in der gesamten Speicherchipindustrie haben – brachen Märkte weg, waren Produkte nicht mehr marktfähig und es fanden sich in vielen Fällen eben leider keine Investoren, die ehemalige Staatsbetriebe der DDR übernehmen wollten. Was das für die Mehrheit der Sachsen und für ihre Biografien, für ihre Hoffnungen, für ihre Zukunftsperspektiven bedeutet hat, wissen wir alle noch viel zu gut. Die Politik hat sich damals bewusst für einen sehr unbequemen Weg entschieden. Die Politik hat damals sowohl in Berlin als auch hier in Dresden, im Sächsischen Landtag, nicht Milliarden in überkommene Wirtschaftsstrukturen gesteckt, um die von der Staatspartei SED zu verantwortende Misswirtschaft irgendwie noch zu retten.

Das war ein sehr schmerzlicher Weg, aber es war am Ende auch die Grundlage für eine insgesamt sehr positive neue wirtschaftliche Entwicklung, die wir in Sachsen erlebt haben. Das, meine Damen und Herren, sollten wir nie vergessen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen sagen wir als FDP ganz klar: Helfen wir den Mitarbeitern von Qimonda zügig, neue und ordentlich dotierte Jobs im wachsenden Technologiestandort hier in Dresden zu finden. Ich weiß auch von unserem Wirtschaftsbürgermeister Dirk Hilbert, dass der Fachkräftebedarf in unserer Region enorm ist und dass viele Unternehmen Angebote für die Qimonda-Mitarbeiter vorlegen werden. Unterstützen wir mit dem breiten Förderinstrumentarium, das der Freistaat hat, beispielsweise Ausgründungen aus Qimonda oder eben auch den Fall, dass Unternehmen Teile des Betriebes und der Mitarbeiter vielleicht in einer neuen Form fortführen möchten; und helfen wir den vielen Hundert kleinen und mittelständischen Unternehmen hier am Standort im Technologiebereich, die keine Subventionsnomaden sind, sondern die fest vor Ort verankert sind und denen man mit der einen oder anderen kleinen Hilfe ganz gewiss dazu verhelfen kann, dass sie viel schneller wachsen als bisher und dass sie größer werden können als bisher.

Als Letztes: Vergessen wir nicht, was die Erfolgsgrundlagen unseres Landes sind, und machen wir nicht wirtschaftspolitisch die gleichen Fehler, die eine andere Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden schon einmal gründlich ruiniert hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP –

Dr. André Hahn, Linksfraktion: Das Wichtigste war, dass er es nicht einschätzen kann!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir beginnen wieder mit der Linksfraktion; Herr Abg. Zais, bitte.

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde einmal die letzten beiden Redner ins Visier nehmen, weil wir ja in ideologische Diskussionen kommen. Herr Zastrow, es hätte gereicht, Sie hätten über die kleinen und mittelständischen Unternehmen gesprochen, die allein an Qimonda hängen, dann wären wir beim Thema geblieben.

(Beifall bei der Linksfraktion und den GRÜNEN)

Und Sie hätten sagen müssen, dass Sie aus ideologischen Gründen nicht mehr dafür sind, dass Sie einen Auftrag von Qimonda erhalten – das wäre die Kurzfassung von allem.

Ich will Ihnen nur eines sagen, wenn Sie gegen Verstaatlichung sind: Sie haben zehn Jahre die Wirtschaft immer ins Private getrieben, und jetzt haben wir die Krise! Und ich hoffe, Sie werden nicht Manager in diesem Land – Sie können diese Krise nie bewältigen! Es ist eine absolute Wahrheit: Nur der Staat kann diese Krise einigermaßen besänftigen.

(Beifall bei der Linksfraktion – Holger Zastrow,
FDP: Honecker wäre stolz auf Sie! –
Zuruf von der FDP: Wo leben Sie denn?! –
Weitere Zurufe – Unruhe)

Welches Unternehmen kann sich denn – zum Beispiel GM, Opel – nach Ihrer Meinung in dieser Krise retten? Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie reden! Das ist eine von jedem Wissenschaftsinstitut oder auch von jedem Wirtschaftsinstitut klare Weisheit: Jetzt kann nur der Staat helfen, um die Krise einzudämmen.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Zais?

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: Bitte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Herr Kollege Zais, geben Sie mir recht –

(Zurufe von der Linksfraktion: Nein! –
Allgemeine Heiterkeit)

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: – Mit Sicherheit nicht!

Sven Morlok, FDP: – in der Feststellung, dass das, was Ihre Vorgängerpartei 40 Jahre lang

(Oh-Rufe von der Linksfraktion)

mit dem Staat in der DDR gemacht hat, zu wesentlich schlechteren Lösungen geführt hat?

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: Darin gebe ich Ihnen nicht recht, weil das auch wieder ein herausgebrochenes Element ist.

(Unruhe und Zurufe von der FDP)

– Hören Sie mal zu! Rede ich, oder reden Sie?!

Ich war in einem solchen Leuchtturm, und dem kann ich nicht nachsagen, dass er nicht Produkte hatte, die auf dem Weltmarkt verkauft wurden. So einfach kann ich Ihnen das hier nicht machen.

Herr Zastrow, als Nächstes Ihrer Weisheiten: Keine Steuergelder in die Chipindustrie stecken. Verstehen Sie doch: Es ist ein globaler Subventionswettbewerb. Wenn Samsung 12 Milliarden von Südkorea bekommt – Südkorea ist kein sozialistisches Land; nicht, dass Sie da geografisch irgendwelchen Irrtümern unterliegen –, dann können Sie mir einmal erklären, wie Sie hier Qimonda mit der besten Technologie retten wollen, wenn Sie solches Zeug erklären.

(Holger Zastrow, FDP:

Sie sollen das Gleiche machen!)

Es tut mir leid, Herr Zastrow, ich hoffe nicht, dass die Wähler auf diese FDP hereinfallen, ich muss aber damit rechnen.

(Zuruf von der FDP: Richtig! – Beifall bei der FDP
– Zuruf von der Linksfraktion: Leider!)

Herr Flath, an Sie noch die Bitte: Es ist ja in Ordnung, wenn Sie hier vorn sagen, Sie stehen zur sozialen Marktwirtschaft. Dann stellt sich aber für mich die einfache Frage: Cui bono? Die soziale Marktwirtschaft muss doch auch jemandem dienen! Sie haben weiter – richtig – ausgeführt: natürlich auch denen, die hier arbeiten, weil nicht Banker das Volk sind.

Deshalb bleiben Sie eine Antwort schuldig: Wie wollen Sie denn den Arbeitenden von Qimonda und auch den Zulieferern, den Clustern – Frau Hermenau sprach von 20 000 Arbeitsplätzen – nun eine Antwort geben? Wir können doch nicht immer abwägen. Sie sprechen von „abwägen“. Sie haben nie abgewogen, Herr Flath. Deshalb ist auch Ihr Argument nicht richtig stichhaltig. Bei Wackerbarth, beim Leipziger Flugplatz – überall dort ist die Beteiligung dieses Freistaates schon vorhanden. Sie haben von der Linken nie den Vorwurf gehört, sie seien auf dem Weg zum VEB. Hören Sie also auf, solche kindischen Bemerkungen zu machen! Herr Flath, Sie lehnen eine staatliche Beteiligung bei Qimonda ab und kommen hierher und sagen – das ist wie eine Hass-Fantasie –, wir würden Sie auffordern, den Freistaat zu zerstören!

(Heiterkeit bei der Linksfraktion)

Manchmal wundere ich mich, woher Sie mit Ihren Worten diese Gedanken hernehmen. Herr Flath, es bleiben zwei unverrückbare Wahrheiten, und diese müssen hier in diesem Saal heute entschieden werden: Die Rettung von Qimonda ist nur mit staatlicher Beteiligung durchsetzbar! Das hat Ihnen schwarz auf weiß auch Herr Jaffé geschrieben.

Nun frage ich mich, Herr Tillich: Was ist denn von der Staatsregierung bisher als Antwort auf dieses Angebot gekommen? Herr Jurk und Herr Tillich sagen: Herr Jaffé ist jetzt Chef im Hause und muss entscheiden. Dann müssen wir aktiv werden. – Herr Jaffé ist Insolvenzverwalter. Bei der Insolvenz ist er Herr des Verfahrens. Er ist aber nicht bei der Rettung der Verantwortliche. Deshalb hat er Ihnen einen Brief geschrieben und Sie, die Politik, aufgefordert, endlich zu handeln. Er hat ein Angebot unterbreitet. Wenn es nicht klappt, wird am 1. April der Strom abgeschaltet und der Betrieb eingestellt.

Herr Jurk, wie kommen Sie angesichts dessen dazu, zu sagen: „Dann versuchen wir einen neuen Start mit der Transfergesellschaft. Wir brauchen Zeit, um neu zu verhandeln.“? Was kann denn dem Freistaat Sachsen Besseres passieren als die Beteiligung eines chinesischen Partners – egal, ob das ein Staatsunternehmen ist –, wenn die Produktion mit diesem Partner gleichzeitig den Absatzmarkt sichert! Wer hat denn diese Sicherheit auf der Welt? Wo ist denn da Ihre ökonomische Kenntnis? Wenn ich einen Investor habe, der gleichzeitig zusagt, die Produktion abzunehmen – wo steckt denn jetzt noch das ökonomische, das wirtschaftspolitische Risiko?

(Beifall bei der Linksfraktion)

Die Antwort müssen Sie mir geben!

Die Debatte ist durch Herrn Flath und Herrn Zastrow ein bisschen lahm geworden; da war die Demo richtig anstrengend und erfrischend. Stattdessen starten Sie – alle beide, Herr Tillich und Herr Jurk – ein Verwirrspiel und schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter zu.

Ich will das Szenario kurz skizzieren. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute früh draußen vor den Demonstranten gesagt, Herr Jaffé sei jetzt einziger Retter. Er müsse jetzt ein Konzept auf die Beine stellen, und wir müssten Zeit gewinnen.

Die Arbeiter draußen haben Ihnen, Herr Tillich, aber einen Brief geschrieben, aus dem ich zitieren möchte: Ein Investorenkonzept ist in greifbarer Nähe. Allerdings setzt dies ein initiales Engagement von Portugal und des Freistaates Sachsen voraus. – Sie wissen: Portugal hat seine Bereitschaft hierzu durch den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten und den Wirtschaftsminister – wir können Herrn Barroso dazuzählen; Sie haben davon berichtet; er ist auch Portugiese – seit Monaten mehrfach erklärt. Können Sie das von sich behaupten, Herr Tillich? Haben Sie Ihre Entschlossenheit schon irgendwo einmal dokumentiert?

(Beifall bei der Linksfraktion und
des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Deshalb fordern wir von Ihnen, heute in dieser Sitzung Ihre eindeutige, unverrückbare Bereitschaft zum Engagement zu erklären und endlich den Kreislauf zu durchbrechen, der darin besteht – und das ist Ihre, wie ich sage, Lüge –, dass die Politik auf eine Investorenlösung wartet,

während Sie keine klare politische Entscheidung treffen. Genau das ist die Schwäche dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Zweites Szenario! Herr Tillich, Sie sagen, man müsse Schaden von Sachsen abwenden. Deshalb würden Sie keiner Lösung im Wege stehen. Sie sind nicht die Lösung, weil Sie nichts tun, Herr Tillich. Deshalb stehen Sie einer Lösung im Wege. So herum muss ich es eigentlich formulieren.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Er ist Teil des Problems!)

Sie dürfen nicht auf eine Lösung durch irgendjemanden warten. Sie sind der Schlüssel zur Lösung und sollten sie vorantreiben. Welche andere Antwort kann es wohl geben?

(Peter Wilhelm Patt, CDU:
Wenn Sie aus dem Weg gehen würden!)

– Herr Patt, hören Sie zu! Das sind alles Ihre Vorsitzter.

Drittes Szenario! Herr Jurk hat heute auf der Demo zu den Werkträgern gesagt, eine Beteiligung des Freistaates von 30 % sei keine Rettung. Wie viel denn dann? Diese Antwort sind Sie, auch im Plenarsaal, schuldig geblieben. Können es 50 % sein? In Ihrer Rede sprachen Sie von 25,1 %. Kann es weniger sein? Es ist so, wie schon einmal heute hier gesagt: Dann muss man mit dem vermeintlichen Investor – es gibt nur einen, und es wird auch bei nur einem bleiben, weil seine Interessen klar sind – mal ein Gespräch führen. Das hätte man seit 14 Tagen tun können. Nichts ist geschehen.

Man hat uns hier heute erklärt – auch Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Dulig, der von einer Transfergesellschaft sprach –: Wir werden kämpfen bis zum Schluss!

Wollen wir doch ehrlich sein, was eine Transfergesellschaft ist. Wir hatten früher, zu Treuhandzeiten, Megatransfergesellschaften; die hießen „ABS“. Das alles wissen Sie von der CDU. Wer von diesen ehemaligen ABS-Mitarbeitern ist denn je wieder in Arbeit gekommen? Woraus, denken Sie denn, bestehen unsere Langzeitarbeitslosen? Was hat man denn hier wieder für einen Vorschlag gemacht?! Man hat angeblich eine neue Idee und einen neuen Namen. Dabei ist es eine alte Karte, eine ganz alte Karte.

(Holger Zastrow, FDP: Sie sind in der
Bundesrepublik immer noch nicht angekommen!)

– Herr Zastrow, ich bin schon angekommen. Ich bin sogar sehr angekommen, aber nicht in Ihrer Traumwelt!

(Beifall bei der Linksfraktion)

Es ist so: Der Insolvenzverwalter wird nach Recht und Gesetz handeln müssen. Dann wird er die Investoren nicht abweisen können, weil er den Gläubigern gegenüber auch die Gelder auftreiben muss, die er auszuzahlen hat. Es werden Investoren kommen und die Technologie kaufen.

Er hat es in dem Brief angegeben: Die Technologien werden nach Asien wandern.

Sie haben heute die Chance, Qimonda mit dieser Technologie zu retten, statt zuzusehen, wie diese Technologie nach Asien verkauft wird. Es gibt keinen anderen Weg, Herr Flath, als über eine staatliche Beteiligung. Dieses Signal erwarten wir von Ihnen!

(Beifall bei der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von der Fraktion GRÜNE noch einmal das Wort gewünscht? – Bitte, Frau Hermenau.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Zastrow, ganz offensichtlich sind Sie unzureichend informiert, wenn Sie hier nur über große Firmen schwadronieren und nicht bedenken, dass in diesem Cluster circa 200 Firmen inbegriffen sind, und das sind größtenteils kleine und mittelständische Unternehmen. Ich gehe davon aus – das ist meine Schlussfolgerung –, dass Ihr Tellerrand sehr viel höher ist als der anderer. Wahrscheinlich leben Sie in einer Schüssel.

(Heiterkeit und Beifall bei den
GRÜNEN und der Linksfraktion)

Herr Dulig, das war heute weit unter Niveau. Die Informationen bzw. Gespräche zu dem Antrag, der zu dieser Sondersitzung geführt hat, liefen erst im Laufe des Freitags. Da war es zu spät – das war der letzte Plenartag –, noch einen Dringlichen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Das hätten wir vor Eintritt in die Tagesordnung Freitag früh machen müssen. Das wissen Sie ganz genau. Selbst bei Verzicht auf Einrede wegen der Fristverkürzung wäre es also nicht möglich gewesen, diesen Dringlichen Antrag zu stellen, auf den Sie verwiesen haben. Ihre Behauptung war ein Ablenkungsmanöver. Wahrscheinlich wollten Sie der unangenehmen Debatte aus dem Weg gehen; jedenfalls habe ich die Rede so gewertet. Aber es zählen Ergebnisse und nicht Ablenkungsmanöver.

Mir war völlig klar, als Herr Hahn am Freitag auf mich zukam, dass diejenigen, denen die Debatte unangenehm ist, versuchen würden, diese Sondersitzung als „linken Populismus“ zu diskreditieren. Das war völlig klar.

(Holger Zastrow, FDP: Ist er doch auch!)

Aus diesem Grunde habe ich ganz bewusst meiner Fraktion vorgeschlagen, dass wir mit den Linken zusammen diesen Antrag stellen – damit genau das nicht so leicht möglich ist.

(Stefan Brangs, SPD: Davon
wurde der Antrag nicht besser!)

Existenzielle Fragen in koalitionsinternen Wahlkampf-mühen zu zermahlen ist wirklich schändlich. So nicht, liebe Genossen! Wenn ihr in dieser Koalition die Guten sein wollt, dann müsst ihr auch gute Ergebnisse liefern. Sonst klappt das nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den
GRÜNEN und der Linksfraktion)

Herr Dulig, Sie haben hier gesagt, über Minderheitsbeteiligungen redet doch der Herr Jurk auch, und das wäre keine Neuigkeit. Ja, er redet darüber, richtig. Wir haben das hier 20 Minuten lang angehört. Aber offensichtlich nicht mehr, vielleicht kann die öffentliche parlamentarische Debatte die Entschlussfreude der Staatsregierung steigern. Diese Hoffnung sollte man, wenn man selbst Mitglied des Parlaments ist, nicht aufgeben.

Herr Jurk, wir sollen Ihnen vertrauen und Sie machen lassen. Ich habe Ihnen das hier deutlich gesagt: Ich habe Sie ein Vierteljahr machen lassen und in keiner Weise behelligt.

Sie haben hier im Dezember von mir zwei Fragen gestellt bekommen: Stellenpool und Standortsicherung. Ich habe Sie ein Vierteljahr machen lassen. Jetzt haben wir ein Problem. Da geht es nicht um Sympathien, da geht es um Ergebnisse.

Wenn Sie, Herr Jurk, als Wirtschaftsminister der Fachmann sind, den Herr Dulig hier so gelobt hat, dann sollte die Staatsregierung Ihren fachlichen Expertenhinweisen folgen. Das ist meine Meinung. Wenn sie Ihrem fachlichen Rat nicht folgt, dann darf das doch das Publikum verwundern.

Sie haben hier im Prinzip eine halbe Stunde etwas Jammervolles vorgetragen, dass Sie ja wollten, wenn Sie könnten, aber die CDU würde Sie nicht dürfen lassen.

Jetzt einmal ein ernstes Wort: Diese ideologischen Gräben, die jetzt wieder leichtfüßig bedient worden sind, weil man denkt, man käme damit aus der Debatte heraus,

(Zuruf des Abg. Mario Pecher, SPD)

sind für mich systeminternes Politikversagen oder systematisiertes Politikversagen. Wenn Sie so weiter machen und wir das bis zum 30. August ertragen müssen, in einem Jahr der existenziellen Krisen, dann glaube ich, dass die Politik noch mehr Schaden nimmt, als sie in den letzten Jahren schon genommen hat.

Da muss man sich – jeder in seiner Partei, jeder in seiner Fraktion – noch einmal genau überlegen, ob er diesen Weg beschreiten möchte für ein leichtfertiges Ziel.

Ich sagte ja: Wir haben bewusst entschieden, in der Frage gemeinsam mit den Linken den Antrag zu stellen. Ich halte den Punkt 1 für erledigt, Herr Kollege Hahn. Es wurde vorgetragen. Die Litanei der Appelle und Telefonate wurde uns vorgebetet.

(Lachen des Abg.
Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

Er ist erledigt. Punkt 2 ist nicht erledigt.

(Zuruf von der Linksfraktion: Richtig!)

Die Koalition ist uneins. Die sächsische Union in Gestalt ihres Fraktionsvorsitzenden hier im Landtag, Herrn Flath, hat klar gesagt: keine Firmenbeteiligung, nirgends.

(Zuruf von der FDP: Zu Recht!)

Das heißt, Sie haben eine Binnenrede innerhalb der Koalition gehalten und sind wirkungslos geblieben. Wir werden die Frage der Firmenbeteiligung offensichtlich von der Staatsregierung nicht gelöst bekommen. Das ist für mich ein Problem und das möchte ich hier in dieser Sondersitzung auch thematisieren. Das ist die Information, die die Öffentlichkeit auch braucht. Das muss sie wissen und sich darauf einstellen.

Wir können noch einmal auf die Konkurrenzsituation zum IT-Cluster Silicon Saxony eingehen. Es gibt einen etwas kleineren Bereich bei Grenoble. Es ist der einzige überhaupt in Europa, den es gibt. Aber die stellen keine Speicherchips her. Also in Europa gibt es gar keinen Konkurrenten in dieser Dichte und Stärke.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

In Asien gibt es die und in den USA. Das hier ist ein einmaliger Standort in Europa. Sie selbst, Herr Flath, haben das auch so vorgetragen. Aber so etwas kann man doch nicht in koalitionsinternen Wahlkampfmaschinen zermahlen lassen. Das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

Das Cluster hat einen stark universitären und außeruniversitären Forschungsanteil. Es gibt Kooperationen mit dem Fraunhofer Institut, der TU Dresden und der Westsächsischen Universität. All das in den koalitionsinternen Wahlkampfmaschinen zermahlen lassen? – Sind Sie eigentlich noch bei Trost?!

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion, bitte; Herr Abg. Rasch.

Horst Rasch, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie kommen wir zu der heutigen Debatte?

(Klaus Tischendorf, Linksfraktion: Beantragt!)

An sich ist das eindeutig nachvollziehbar. Der Betriebsrat von Qimonda, mit mehreren Fachleuten verstärkt, hat vorige Woche offensichtlich einige Gespräche geführt. Dann haben wir die Presselage gehabt, die suggerierte, es gäbe eine greifbare Lösung, die schon morgen, wenn nur der Freistaat zugriffe, funktionieren könnte.

Es war ja auch interessant, von den Qimonda-Experten zu hören – da habe ich es empfunden wie Sie, Frau Hermenau –, der Insolvenzverwalter wolle mit 15 % eigenem Risiko einsteigen.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Spannend!)

– Das klingt sofort spannend, das klingt fast überzeugend. Nur, bevor Sie der Linken auf den Leim gegangen sind und damit auf das Bemühen zur heutigen Debatte aufgesprungen sind, hätten Sie sich vielleicht einmal von der Linken dieses interne Schreiben geben lassen sollen, von dem hier die ganze Zeit die Rede war. Vielleicht wären

Sie dann etwas klüger geworden, was wirklich die Absicht und die Bereitschaft von Herrn Jaffé ist, ins eigene Risiko zu gehen; möglicherweise hören wir noch von der Staatsregierung davon.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Wäre schön!)

Das wäre schon überzeugend gewesen. Darum geht es letzten Endes. Wir brauchen diese überzeugenden Argumente, dass Leute, die mit eigenem Risiko in das Geschäft einsteigen, uns sozusagen den Nachweis führen: Ja, es lohnt sich für dieses Unternehmen zu engagieren, weil es eine Zukunft hat, sowohl vom Technologischen als auch vom Wirtschaftlichen her.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Morlok?

Horst Rasch, CDU: Bitte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte.

Sven Morlok, FDP: Herr Kollege Rasch, geben Sie mir recht, dass es im Zusammenhang mit diesem angekündigten Einstieg nicht darum geht, wer wie viel Prozente der Geschäftsanteile einer neu zu gründenden GmbH zeichnet, sondern dass es darum geht, wer mit wie viel Geld in die neue GmbH investiert?

Horst Rasch, CDU: Sicher, das ist dann die nächste Frage. Aber diejenigen, die Anteile halten, da gehe ich schon davon aus, dass das diejenigen sind, die verantwortlich darüber verhandeln müssen, was aus ihren Anteilen gemacht wird, welche Geschäftspolitik man auf ihren Anteilen aufbaut und wie man gegebenenfalls mit tragfähigen Konzepten Geld einwirbt. Und Geld für die Mittel zum Investieren bekommt man natürlich nur, wenn man Konzepte hat, die tragen.

Da sind wir dann mitten in der Frage: Was ist denn eigentlich der Grund dafür, dass wir bisher noch nichts Nachvollziehbares, nichts Handhabbares als Businessplan auf dem Tisch haben? Selbst der Betriebsratsvorsitzende hat am Donnerstag auf meine Bitte hin, er möge mir einmal die Eckpunkte des Konzepts und der gesellschaftsrechtlichen Struktur per E-Mail zukommen lassen, damit wir wissen, worüber wir reden, nicht reagiert. Er hat darauf verzichtet, weil wir noch vollkommen im Nebel stochern.

Warum stochern wir im Nebel? Vieles davon ist ja schon genannt worden. Es ist sicher die Vergangenheit – Kollege Dulig hat es beschrieben –, die nicht von stringentem wirtschaftlichem Handeln bei Qimonda geprägt war, in der man wirklich wesentliche strategische Fehler gemacht hat.

Nur ein Beispiel dafür: Da sind wesentliche Entwicklungen, wo man zum Beispiel international bei allen Großen in diesem Geschäft darüber nachdenkt, wie man einen Speicherzugriff so gestaltet, dass er energetisch bedeutend günstiger ist und auch bedeutend einfacher, indem man

ihn serialisiert. Da ist Qimonda einfach nicht dabei. Diese Technologie läuft möglicherweise vollkommen an Qimonda vorbei. Das hatte ich hier auch schon gelegentlich erwähnt.

Aber es sind auch die anderen Fragen, die ganz zentrale Frage vor allen Dingen: Wie wird sich der Markt entwickeln? Da hat der eine oder andere mal die Zahl von 6 % genannt, die wahrscheinlich der Markt dieses Jahr noch abstürzt. Ich habe sogar Befürchtungen gefunden, die davon ausgehen, dass er bis 17 % zusätzlich einbrechen könnte. Dieser extreme Druck, dass DRAM nicht mehr läuft, weil das Überangebot immens ist, und dazu wird noch in diesem Jahr ein Zusammenbrechen des Marktes in dieser extremen Weise befürchtet.

Nun wissen Sie alle genauso gut wie ich, dass wir in der Vergangenheit darüber gesprochen haben, was ein Quartal ungefähr kostet, was man so durchsteht, wenn man weit unter Herstellungspreis verkauft. Das muss man dann einfach mal kalkulieren. Dann muss man auch kalkulieren, wie das in Relation zu den Subventionen steht, die Sie auch genannt haben. Wenn plötzlich möglicherweise zweistellige Milliardenbeträge im Raum stehen, die andernorts an Subventionen fließen – wer soll bei uns diesen Widerpart im Subventionswettkampf spielen? Das ist eine Antwort, die man sich geben muss, bevor man einen Businessplan zustande bringt.

Oder dann auch die technologischen Dinge. Buried Wordline, wunderbar, ist wirklich eine ausgezeichnete Technologie. Aber es geht natürlich auch in der Konkurrenz um die Verkleinerung der Strukturen. Das ist ja das Wesentliche. Es ist ja nicht so, dass wir uns bewegen und die anderen bleiben stehen. Auch die anderen bewegen sich. Noch sagt man: Wenn wir auf 46 Nanometer aus sind, 32 Nanometer wäre nur bei den Prozessoren aktuell. Das würde im Speicherbereich noch nicht die Rolle spielen. Nur: Wer gibt mir die Sicherheit, dass nicht andere Konkurrenten möglicherweise wirklich schon mit 32 Nanometer im Spiel sind und damit die Vorteile, die wir mit Buried Wordline erwirtschaften,

(Zurufe von der Linksfraction
und des Abg. Karl Nolle, SPD)

möglicherweise schon wieder aus der Welt sind?

Ich kann Ihre Aufregung, ehrlich gesagt, nicht verstehen.

(Klaus Tischendorf, Linksfraction:
Wir verstehen Sie nicht!)

Wenn wir verstehen wollen, warum bisher niemand eindeutig gesagt hat: Ja, ich will als Investor, als Akteur der Wirtschaft agieren, da muss ich mich doch fragen: Warum? Und ich muss möglicherweise erwägen: Welches von all diesen Argumenten ist da im Spiel? Welchem Argument kann man begegnen? Welches Argument ist möglicherweise so, dass es uns eben entscheidende Chancen abschneidet? Es stellt sich doch genauso die Frage: Jetzt soll, um das Ganze wirtschaftlicher zu gestalten, die Zahl der Wafer-Starts mehr als verdoppelt wer-

den. – Ja, was heißt denn das in diesem engen Markt? Wird der Markt dadurch günstiger, oder bekommen wir nicht noch viel, viel mehr Druck in diesem Markt? Das ist doch eine Frage, die man sich stellen muss.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Dann kommt die mittel- und längerfristige Frage: Gibt es im Unternehmen Diversifizierungsstrategien, wie man gegebenenfalls aus dieser DRAM-Klemme herauskommt? Oder: Wie weit ist es mit der Entwicklung der Karbonzelle, die viel, viel kleiner ist und auf der man möglicherweise einmal bis zu 8 Bit in einer Speicherzelle speichern kann, und nicht nur 1 Bit?

Wenn ich diese Fragen positiv beantworten kann, dass ich bereits heute eine Roadmap habe und diese demnächst in diesem schrecklich engen Markt dagegensetze, dann kann ich möglicherweise anders agieren, als wenn ich weiß, es wurde schon geraume Zeit nicht mehr an dieser Technologie gearbeitet, es sind bereits gute Fachleute davongelaufen und was weiß ich, was man alles in Rechnung stellen muss.

(Karl Nolle, SPD: Das sind Experten!)

Die Frage, die gestellt wurde und von Ihnen als Linksfraktion und von den GRÜNEN hier fixiert werden soll – der Staat möge heute durch die Mehrheit im Parlament entscheiden, er binde sich an eine staatliche Beteiligung als „Morgengabe“; mal schauen, was daraus wird –, das ist die Strategie, die dem zugrunde liegt.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Nicht übertreiben!)

Meine Damen und Herren! Mir liegt doch viel eher daran, diesbezüglich Klarheit zu bekommen, dass wir die Staatsregierung nicht an diese oder jene Verhandlungsstrategie oder diese oder jene Voraussetzung eines erfolgsorientierten Verhandels binden, sondern dass wir ihr die Möglichkeit lassen, ohne Beteiligung der Zeitung, ohne Diskussion, die jegliche Überlegungen bereits jetzt in die Öffentlichkeit trägt, mit möglichen Partnern das zu erwägen, was möglicherweise auf diesem komplizierten Feld all dieser negativen, begrenzenden Faktoren vielleicht doch zum Ziel führen könnte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Horst Rasch, CDU: Bitte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte.

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Verehrter Herr Rasch! Könnten Sie dem Argument folgen, dass in dieser wirklich schlimmen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise mittlerweile private Investoren ohne Zweifel Risiken eingehen und auf einen Sicherungsanker hoffen müssen, der nur beim Staat liegen kann? Das ist doch die verzweifelte Situation.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte nur die Frage stellen!

Dr. Monika Runge, Linksfraktion: Geben Sie mir in dieser Frage recht, dass der Staat der einzige noch verbliebene Sicherungsanker

(Rita Henke, CDU: Die Frage!)

in dieser Krisensituation ist?

Horst Rasch, CDU: Verehrte Kollegin! Selbst jenseits dieser Krise hat der Staat doch ein wirklich breites Spektrum an Angeboten gemacht, an dieser oder jener Stelle unterstützend, fördernd und sichernd einzugreifen. Von diesem Instrumentarium hat er in der Vergangenheit reichlich Gebrauch gemacht, und er wird auch weiterhin davon Gebrauch machen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Aber damit sind wir wieder bei dem, was Kollegin Hermenau ebenfalls ins Feld geführt hat: das berühmte Argument Sachsen LB. Daraus haben wir doch gerade eines gelernt: Damals gab es Entscheidungsträger, die dachten, sie hätten das extrem risikoarme, perfekte Geschäft, mit dem man wirklich verdienen könne. Das heißt also, dort sind nicht bewusst sehr große Risiken eingegangen worden, sondern minimale Risiken.

(Lachen des Abg. Klaus Tischendorf
und weiterer Abgeordneter der Linksfraktion –
Alexander Delle, NPD: Was ist
denn das für eine Aussage?!)

In der damaligen Überzeugung der Entscheidungsträger ging man davon aus, dass man bei relativ überschaubaren Risiken ein gutes Geschäft machen kann.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Rasch, es gibt einen weiteren Wunsch einer Zwischenfrage.

Horst Rasch, CDU: Wenn wir hier staatliches Geld einsetzen sollen, dann muss das Risiko doch überhaupt erst einmal beschreibbar sein. Darum geht es doch letzten Endes.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Rasch, es gibt noch eine Zwischenfrage.

Horst Rasch, CDU: Wir können nicht ein 100%-Risiko durch Input einer Beteiligung auf irgendwelche Hoffnungen hin eingehen. – Bitte.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Hermenau.

Antje Hermenau, GRÜNE: Danke schön. – Herr Kollege Rasch, Sie haben hier vorgetragen, dass Sie aus Sicht der CDU-Fraktion der Staatsregierung gern die Möglichkeit lassen wollen, eine Lösung zu finden, die individuell zugeschnitten ist. Ich frage Sie aus diesem Grund: Warum haben Sie dann keinen Änderungsantrag zum vorliegenden Antrag eingereicht,

(Beifall des Abg.
Klaus Tischendorf, Linksfraktion)

der unter anderem auch endlich einmal dem Wirtschaftsminister die Sicherheit gibt, dass er im Zweifel die Firmenbeteiligung mit 25,1 % vorschlagen könnte, ohne sofort an der CDU zu scheitern?

(Beifall bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion und der SPD)

Horst Rasch, CDU: Liebe Frau Hermenau, es gibt kein Erfordernis, den Wirtschaftsminister gegen den Rest der Staatsregierung oder gegen die sie tragenden Fraktionen im Landtag zu sichern. Dieses Bedürfnis gibt es nicht, sondern hier muss die Staatsregierung entscheiden, und dort, wo sie Entscheidungen fällt und es der Begleitung durch den Landtag bedarf, wird sie – davon gehe ich aus – rechtzeitig dafür sorgen, dass wir die notwendigen Entscheidungen begleitend fällen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dabei will ich nicht ausschließen, dass es – wie es in der Vergangenheit war, was Sie auch richtig in Erinnerung gerufen haben – zum Beispiel passieren kann, dass eine Messengesellschaft irgendwo Anteile hält usw. All diese Dinge will doch hier keiner ausschließen. Aber wir wollen eines nicht, und deshalb hat sich auch Kollege Jurk ziemlich eindeutig positioniert: Wir wollen keine Situation entstehen lassen, in der der Staat sagt: Wir finanzieren das Paket. Alle lehnen sich zurück, und der Staat trägt die Folgen in Form immenser Verluste. Das können wir uns nicht wünschen. Ich habe es auch den Demonstranten draußen gesagt: Es hat doch keinen Zweck, wenn wir hier einen „Tod auf Raten“ finanzieren, sondern Erfolg ist erforderlich – ein Erfolg für die Beschäftigten, denn um deren Arbeitsplätze geht es,

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU)

ein Erfolg für den Standort mit all seinen Wechselbeziehungen, der insbesondere auch ein Erfolg für die Fortsetzung einer erfolgreichen Technologiepolitik in diesem Feld sein muss.

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Wenn wir dies alles sehen und wissen, dass hier eine Mannschaft sitzt, die in diesem Sinne um ein gutes Ergebnis kämpft, dann, meine ich, sind wir gut beraten, wenn wir heute Ihrem Antrag nicht zustimmen, sondern die Mannschaft erst einmal weiterkämpfen lassen.

(Beifall bei der CDU –
Klaus Tischendorf, Linksfraktion:
Am besten gegen andere kämpfen! –
Johannes Lichdi, GRÜNE:
Sie will doch gar nicht kämpfen!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion; Herr Brangs, bitte.

Stefan Brangs, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst dem Versuch der Legendenbildung etwas entgegensetzen. Es ist gerade von Kollegin Hermenau und anderen darauf hingewiesen

worden, man hätte gar keine andere Möglichkeit, als diese Sondersitzung durchzuführen.

(Antje Hermenau, GRÜNE: In der Tat!)

Aus der Sicht der Antragsteller ist das natürlich immer so, und dass man laut Geschäftsordnung diese Möglichkeit hat, ist unbestritten.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Nach der Verfassung!)

Fakt ist allerdings, dass wir bereits am Mittwoch vergangener Woche die ersten Zeitungsberichte im „Pressespiegel“ nachlesen konnten und an jenem Tag auch schon darauf hingewiesen worden ist, wie sich die Situation bei Qimonda darstellt. Am Donnerstag gab es weitere Zeitungsberichte, nach denen der Insolvenzverwalter noch einmal etwas zum aktuellen Stand gesagt hat. Ich will nur sagen: Die Möglichkeit, die letzte Landtagsitzung zu nutzen, wäre durchaus vorhanden gewesen. Ich denke auch, dass das Signal, das Sie hier vermeintlich senden wollen, den Interessen der Menschen, die bei Qimonda Angst um ihren Arbeitsplatz haben, nicht gerecht wird. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Beifall bei der CDU)

Sie suggerieren den Beschäftigten bei Qimonda, wenn Sie eine Sondersitzung des Landtages durchführen, werde dieses Unternehmen gerettet. Das ist nicht in Ordnung, und Sie sollten darüber nachdenken, ob Sie mit dem Mittel einer Sondersitzung genau das erzeugen wollen. Ich glaube nicht, dass so etwas sinnvoll ist und dazu beiträgt, dass Politik verstanden wird und Unterstützung findet.

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU –
Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Der zweite und dritte Teil ist genauso wichtig. In der Tat ist es so – dabei ist die Besonderheit herauszustellen –: Die FDP hat versucht, es mit dem Mittelstand zu begründen – was natürlich keine Wahlkampfreden war, selbstverständlich nicht. Niemand hält hier Wahlkampfreden, das ist klar, vor allem die FDP nicht.

(Heiterkeit der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Sie haben das mit dem Thema Mittelstand versucht zu begründen, aber Sie haben es, glaube ich, immer noch nicht verstanden. Deshalb will ich es noch einmal sagen: Wir haben hier eine Besonderheit. Sie liegt darin, dass es europaweit keinen Konkurrenten gibt. Das heißt, es gibt einen Anbieter, dieser sitzt in Sachsen; und es geht um die Zukunft des Standortes in Sachsen, es geht aber auch um die Zukunft des gesamten Bereiches in Europa, und man muss erkennen, dass hier andere Maßstäbe angelegt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wenn Sie sagen, es gehe darum, dem Mittelständler zu erklären, warum für den Mittelstand wenig fließt, für

Qimonda jedoch etwas fließen soll, dann müssten Sie mir einmal den Mittelständler nennen, der nichts bekommen hat, nachdem er auf der Basis unserer vielfältigen Förderrichtlinie einen Antrag gestellt hat und das Geld nicht abgeflossen ist, und welchen Grund es dafür gab. Das würde mich einmal interessieren.

Die pauschale Behauptung, der Mittelstand bekomme nichts und die Großen bekämen es hinterhergeworfen, ist einfach falsch. Die Dimension, mit der Sie das beschreiben, ist auch falsch.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wenn wir dieses Thema heute hier diskutieren, ist natürlich klar, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter draußen vor der Tür und ihre Familien darauf warten, dass es ein Signal aus dem Sächsischen Landtag gibt. Dieses Signal – –

(Tino Günther, FDP, steht am Mikrophon.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Günther wartet auch auf ein Signal.

Stefan Brangs, SPD: Eine Sekunde, bitte; diesen Satz möchte ich noch zu Ende führen. – Dieses Signal gibt es schon längst; denn vor über zwei Monaten haben bereits der Wirtschafts- und Arbeitsminister und die SPD-Fraktion ganz klar gesagt, was wir wollen. Das heißt, seit zwei Monaten ist klar,

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion)

dass sich der Wirtschaftsminister und der Ministerpräsident darum bemühen, eine Lösung zu finden. Deshalb ist die heutige Debatte nicht zielführend.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Günther, bitte.

Tino Günther, FDP: Herr Kollege Brangs, Sie haben soeben erwähnt, dass der Mittelstand auch gefördert wird. Darum geht es aber nicht. Meine Frage an Sie lautet: An welchem mittelständischen Betrieb, an welchem Handwerksbetrieb, dem es schlecht geht, hat sich der Freistaat Sachsen beteiligt?

Stefan Brangs, SPD: Das ist nicht die Frage, die Sie stellen müssen.

(Ah-Rufe bei der FDP – Heiterkeit)

Nein, das ist nicht die Frage, die Sie stellen müssen. Sie müssen die Frage stellen: Ist es vertretbar, dass es bei der Größenordnung dieses Unternehmens, mit seiner Einzigartigkeit

(Zurufe von der FDP)

– Moment mal, bitte –, des systemischen Ansatzes dieser Produktion gerechtfertigt ist, dass der Staat – weil es sich um Mittelständler handelt, die davon partizipieren – handeln muss oder nicht? Das ist die Frage. Parallel handeln wir ohnehin im Mittelstand. Das tun wir ohnehin.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Günther?

Stefan Brangs, SPD: Später noch einmal, Herr Kollege. Lassen Sie mich zunächst fortfahren.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Worum geht es? Es geht darum, dass wir bei der Frage, wie wir jetzt weiter verfahren werden – das kann man durchaus ansprechen –, unterschiedliche Positionen haben. Ich denke, dass das in der Politik legitim ist. Wir haben einen Änderungsantrag zu unserem Antrag formuliert, in dem wir aus Sicht der SPD die Notwendigkeit sehen, als Übergangslösung – wohlgemerkt: als Übergangslösung – aufgrund der besonderen Bedeutung auch über staatliche Beteiligung nachzudenken.

Gleichzeitig haben wir gesagt, dass das nur geht, wenn ein schlüssiges und zukunftsfähiges Konzept vorliegt und wenn ein Businessplan eine Gesamtfinanzierung ermöglicht. Eines darf nicht sein: Wir dürfen nicht so tun, als könne der Staat einspringen, wenn es keinen Investor gibt. Wenn es keinen Investor gibt, können wir als Staat nicht handeln. Das ist doch ganz klar.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Aber gerade, weil es auch darum geht, den strategischen und unmittelbaren Vorteil des Standortes zu sichern, hätten wir uns das vorstellen können. Damit würden wir ein Signal hinsichtlich eines privaten Investors setzen und sagen: Wenn du mit deinem Geld kommst und hier investierst, ist der Freistaat auch unter besonderen Bedingungen bereit, seinen Anteil zu leisten. Das hätte sich die SPD-Fraktion gewünscht. Aber ich denke, das ist kein Geheimnis.

Natürlich müssen wir uns die Situation nicht nur bei Qimonda genauer ansehen und darüber nachdenken, welche Lösungen wir dafür haben; sondern wir müssen auch Konzepte für die vielen Firmen entwickeln, die im Umfeld von Qimonda ansässig sind. Natürlich brauchen wir Unterstützung für die Zulieferunternehmen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir diese mit den vorhandenen Programmen des Wirtschaftsministeriums finanziell unterstützen können. Das ist ganz klar. Im Kern geht es zunächst um 3 000 Beschäftigte bei Qimonda, aber im Gesamtbereich geht es um – die Zahlen sind unterschiedlich – circa 20 000 bis 30 000, die mit dranhängen. Also muss man sich auch darüber Gedanken machen. Ich denke, dass es klar ist, warum mein Kollege Dulig in diesem Zusammenhang von Transfergesellschaften gesprochen hat bzw. ihm unterstellt wird, dass er das gesagt hat.

Transfergesellschaften sind notwendig, weil wir hoch qualifiziertes Personal in diesem Bereich haben. Gerade dieses hoch qualifizierte Personal wollen wir in Sachsen halten. Das muss doch unser aller Interesse sein!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Deshalb macht es Sinn, über Transfergesellschaften nachzudenken.

Vieles ist über die Zukunft von Silicon Saxony gesagt worden. Dem möchte ich nichts mehr hinzufügen. Wichtig ist noch einmal: Wir haben hier unter anderem einen Vorwurf an Wirtschaftsminister Jurk vernommen. Kollegin Hermenau hat gesagt, er oder ein Beauftragter müsse nach China reisen. Darauf sage ich Ihnen ganz ehrlich: Sie haben wirklich nicht verstanden, welche Aufgabe ein Insolvenzverwalter hat.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Wenn wir einen Insolvenzverwalter haben, dessen Job es ist, jemanden zu finden, der hier investiert, und der über 100 Firmen angeschrieben und den engen Kontakt zum Wirtschaftsministerium hat, dann können Sie doch nicht ernsthaft fordern, dass bei jeder sich bietenden Gelegenheit, bei der eine kleine Chance besteht, dass jemand kommt, sich der Wirtschaftsminister ins Flugzeug setzen und dorthin fliegen solle. Das ist die Aufgabe von Jaffé, und das tut er meiner Meinung nach auch.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Darum geht es doch nicht!)

Sie können doch nicht ernsthaft vorwerfen, dass der Wirtschaftsminister nicht nach China gereist ist. Der Insolvenzverwalter wird nächste Woche da sein und er wird die Gespräche führen. Ich gehe davon aus, dass es über all das mit dem Wirtschaftsminister ein Einvernehmen gibt.

(Staatsminister Thomas Jurk: Natürlich!)

Ich höre gerade „natürlich“. Davon bin ich auch ausgegangen. Wenn sich diese ersten Gespräche verdichten und es eine Chance gibt, dass der Investor hierher kommt, dann wird der Wirtschaftsminister nach China reisen. Daran kann es doch nicht liegen. Aber man muss doch erst einmal sehen, wer hier welchen Job hat.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zais?

Stefan Brangs, SPD: Bitte schön.

Karl-Friedrich Zais, Linksfraktion: Persönlich an Sie, Herr Brangs: Mit welcher Botschaft wird der Insolvenzverwalter nächste Woche nach China fahren? Er hat einen Brief an die Staatsregierung geschrieben. Was würden Sie denn sagen?

Stefan Brangs, SPD: Er reist mit der Botschaft nach China, dass es sich lohnt, in Sachsen zu investieren, weil wir einen der wichtigsten Standortvorteile haben, nämlich gut ausgebildetes Personal,

(Beifall bei der SPD und der CDU)

und weil wir hier in Sachsen die Chance haben, im europäischen Wettbewerb zu bestehen. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Zum Schluss noch ein Punkt, den ich meinem Kollegen Flath nicht ersparen kann. Sie haben davon gesprochen, man müsse abwägen und einen kühlen Kopf bewahren. Sie sagen, der Staat solle nicht als Unternehmer auftreten. Sie wissen, dass es dazu unterschiedliche Auffassungen gibt. Es gibt auch unterschiedliche Erfahrungen, wenn etwas privatisiert wurde, weil der Staat es nicht mehr sein sollte. Man hat oft erlebt, dass es dann zu einer Reprivatisierung gekommen ist, da die Aufgabe durch Private nicht gut erledigt worden ist. Diese Fälle kennen Sie.

Sie wissen auch, dass innerhalb der CDU und der CSU der Ruf nach dem Staat lauter wird. Da gibt es nicht nur Seehofer, sondern auch Vertreter der CDA und einzelne Bundestagsabgeordnete. Es gibt eine aktuelle Debatte um die Frage, ob man die Abfindungen bei Managern begrenzen soll. Seehofer spricht dabei von Versagern. Man solle Versagerabfindungen begrenzen. Insofern ist das eine Debatte, die nicht konsequent und stringent in der CDU geführt wird.

Ein Beispiel ist mir sofort eingefallen, als Sie davon sprachen. Das begründet vielleicht ein wenig, warum Sie damit Probleme haben. 1998 musste die Preussag AG Teile verkaufen. Damals ging es um ihre Stahltochter. Diese Stahltochter ist nach Österreich verkauft worden, weil man circa 2,5 Milliarden Euro Verluste kaschieren wollte. Das Besondere ist, dass man 1990 wesentliche Immobilienbestände und die Stahltochter vom Staat geschenkt bekam. Die West LB hatte am stärksten gefordert, dass es dazu kommen soll. Sie war Hauptaktionär. Das Ganze hat im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Der damalige Ministerpräsident Schröder aus Niedersachsen ist schnell dorthin gereist und hat die Preussag AG davon überzeugt, dass man nicht verkaufen, sondern dem Land Niedersachsen das Angebot machen sollte. Niedersachsen hat dann gekauft und ist Eigentümer geworden. Insofern hat innerhalb von 24 Stunden zweimal der Eigentümer gewechselt. Sie wissen, dass die SPD die damalige Landtagswahl mit Schröder gewonnen hat.

(Christian Piwarz, CDU: Das ist lange her! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Sie wissen, dass Schröder dann ins Kanzleramt gekommen ist und Bundeskanzler wurde. Ich denke, das ist ein traumatisches Erlebnis der CDU, was das Thema Staatsbeteiligung angeht. Dafür habe ich großes Verständnis.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich erteile dem Ministerpräsidenten das Wort.

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

(Unruhe bei der FDP)

– Haben Sie mich nicht gehört? Das tut mir leid. Ich werde mir Mühe geben, auch zur FDP laut und deutlich zu sprechen.

Bisher habe ich die Auffassung mit großen Teilen derjenigen, die heute an der Kundgebung außerhalb des Sächsischen Landtages teilgenommen haben, geteilt, dass es nicht um eine Veranstaltung geht, bei der die einen draußen und die anderen drinnen sind. Ich habe die heutige Sondersitzung, beantragt vonseiten der Opposition, so verstanden, dass es uns gemeinsam um die Zukunft von Qimonda und deren Wichtigkeit für Sachsen und Europa geht.

Wenn wir, meine Damen und Herren, über Qimonda sprechen, reden wir insgesamt über viel mehr als Qimonda selbst. Wir sprechen über die Zukunft der europäischen Chip-Industrie.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Microchips sind heute das Herzstück jeder Technologie und jedes technologischen Fortschritts. De facto funktioniert nur noch ganz wenig, um nicht zu sagen, fast nichts mehr ohne sie. Ohne eine eigene Halbleiterindustrie verlieren Deutschland und Europa die internationale Konkurrenzfähigkeit, oder, Herr Zastrow, Sie werden genauso wie beim Erdöl oder Erdgas vom technologischen Vorsprung in anderen Kontinenten abhängig. Das Ergebnis ist dann zum Beispiel in Hannover bei den Werkzeugmaschinenmessen zu sehen. In den europäischen Maschinen hat man noch die Steuerung von gestern, wohingegen die taiwanesischen Maschinen bereits die Steuerung von morgen eingebaut haben.

Das heißt, wenn es uns in der Tat darum geht, hier das zu erhalten, was sich allein in Sachsen bald für Europa tut, nämlich den gesamten Halbleiterbereich abzudecken, über den Europa noch verfügt, bis auf den geringen Anteil, von dem ja schon die Rede war, ob in Grenoble oder in den Forschungskapazitäten in Leuven, dann haben wir in Sachsen einzig und allein eine Halbleiterindustrie, die sich darin auszeichnet, dass hier sowohl Forschung und Entwicklung wie auch letztendlich Produktion, ja, Massenproduktion betrieben werden. Das ist Silicon Saxony mit 250 Unternehmen, das ist richtigerweise gesagt worden, mit zirka 35 000 Mitarbeitern. Qimonda ist heute eine von vielen Firmen, aber eines der wichtigsten Unternehmen für den Standort. Deshalb kämpft die Sächsische Staatsregierung – der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, der Ministerpräsident – für den Erhalt von Qimonda. Wir versuchen seit Monaten mit aller Kraft, die Arbeitsplätze im Wissen darum, dass es sich um hoch entwickelte Arbeitsplätze handelt, für Sachsen zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Das tun wir für die Menschen, die dort arbeiten. Das tun wir für den Freistaat, gleichwohl aber auch im Interesse der gesamten Europäischen Union. Ich habe versucht, die Wechselbeziehungen darzulegen.

Damit Europa überhaupt eine Chance hat, im Wettbewerb mit Amerika und Asien in Zukunft mithalten zu können, geht es uns als Staatsregierung – so habe ich zumindest den Antrag auf die Sondersitzung verstanden – und auch dem Sächsischen Landtag darum, diese Zukunftsfähigkeit für Dresden, für Sachsen, für Qimonda, aber natürlich auch für die Europäische Union und seine Wirtschaft zu behalten.

Uns alle bewegt nunmehr wie die Bürger in diesem Lande die Frage: „Wie geht es weiter mit Qimonda?“ Der Insolvenzverwalter hat in den vergangenen Monaten – das ist unser Eindruck – mit aller Kraft versucht, Investoren zu finden. Wir erwarten von ihm, dass er das ungemindert weiterhin versucht. Es ist nicht der Zeitpunkt aufzugeben, solange wir gemeinsam der Überzeugung sind, dass wir hier eine Technologie haben, wie sie der Wirtschaftsminister vorgestellt hat, die eineinhalb Jahre technologischen Vorsprung am Standort Dresden verspricht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben dem Insolvenzverwalter so gut wir nur konnten geholfen. Wir haben ihm Türen geöffnet, auch auf politischer Ebene, wo er dies wünschte. Die Staatsregierung hat immer betont: Sobald ein Investor gefunden ist, werden wir Qimonda mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, namentlich von den heutigen Antragstellern, eine Bedingung gilt: Ein Investor muss das Fundament legen, auf dem das Haus gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen gebaut werden kann. Darum geht es. Frau Hermenau, es kann nicht zuerst das Dach gebaut werden und anschließend irgendwann nachgeschaut werden, wo das Fundament herkommt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Deshalb bleibt es bei dem, was ich eben sagte und was eine Vielzahl meiner Vorredner ausführte: Es bleibt dabei, und es ist daran nichts falsch, Herr Zais. Es ist richtig, dass der Insolvenzverwalter in der jetzigen Situation die Verantwortung trägt, zuerst die Suche nach den Investoren zu führen und diese mit Hochdruck zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Sollte es dabei notwendig sein, dass dem Insolvenzverwalter die nächsten zwölf Tage nicht reichen, halte ich es für opportun bzw. gerechtfertigt – das habe ich auch draußen zu den Mitarbeitern von Qimonda gesagt und darüber hat die Staatsregierung in den letzten Tagen auch mit dem Insolvenzverwalter verhandelt –, alle rechtlichen Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Sicherstellung bzw. dem Zusammenhalten der Belegschaft zu prüfen, das heißt, auch eine Transfergesellschaft und eine Rettungs-

beihilfe nicht nur in Erwägung zu ziehen. Wir brauchen die Entscheidung des Insolvenzverwalters dazu. Er muss einen Antrag stellen. Wir werden ihn dann auch dazu auffordern, das für einen Zeitraum zu tun, in dem er eine reelle Chance hat, letztendlich einen Investor zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole noch einmal: Sobald ein Investor mit tragfähigem Konzept da ist, schließt unser Hilfsangebot eine Vielzahl von Möglichkeiten ein. Es ist richtig, was betont wurde: Wir haben in der Vergangenheit, ob es AMD oder Infineon, aber auch schon Qimonda war, mit öffentlichen Mitteln geholfen, nicht nur beim Start, sondern auch beim Erhalt der Technologieführerschaft über den gesamten Zeitraum der letzten 20 Jahre. Nicht alle sind 20 Jahre auf dem Markt, aber in den letzten zwei Jahrzehnten haben wir geholfen. Das haben wir durch direkte Zuschüsse, durch Bürgschaften, durch Darlehen oder auch durch Einlagen getan. Wir haben daran keine Beteiligung geknüpft.

Meine Damen und Herren! Wir werden all diese Instrumente wieder prüfen, wenn ein Investor da ist und wenn er sein zukunftsfähiges Konzept vorlegt, das letztendlich dazu führen wird, dass diese Unternehmungen nicht vom ersten Tag an rote Zahlen schreiben, sondern in eine Zukunft geführt werden, die die Technologie verspricht und wodurch deren betriebswirtschaftliches Konzept untermauert wird.

Die Investorensuche ist aber nur ein Aspekt der Rettung von Qimonda. Ein weiterer Aspekt ist politischer Natur. Europa – das haben meine beiden Vorgänger vergeblich darzulegen versucht – braucht eine neue Industriepolitik.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Halbleiterindustrie, nicht nur die in Sachsen, sondern auch die in der Europäischen Union, muss in der Konkurrenz mit Amerika und Asien bestehen bzw. mithalten können. Deswegen muss sich die europäische Beihilfepolitik ändern.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

In der Europäischen Kommission in Brüssel geht man immer noch davon aus – leider –, dass es einen innereuropäischen Wettbewerb gebe. Die Gespräche der letzten Wochen haben zumindest dazu beigetragen, dass man in Berlin, aber auch in Brüssel dazugelernt hat. Mittlerweile ist man der Auffassung, dass diese Sicht- und Handlungsweise nicht richtig ist. Das müssen wir hier in Sachsen ja gerade schmerzhaft erfahren. Warum ist Qimonda jetzt in dieser Situation? Weil in Taiwan, Korea und Japan Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt werden, aber die europäischen Beihilferegeln dies für Sachsen unmöglich machen. Zuletzt hat der Investor, der wesentlich dazu beigetragen hat, AMD zu stabilisieren, auch mit den Amerikanern schlussverhandelt, als es darum ging, dass er eine neue Fabrik in den Vereinigten Staaten bauen wird, weil die Möglichkeit des Freistaates

zur Unterstützung einer solchen Fabrik in Sachsen nur mit 128 Millionen Euro gegeben wäre, in den Vereinigten Staaten aber die lokalen Behörden insgesamt 1,2 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, damit sich dieses Unternehmen im Staat New York ansiedeln kann.

Deshalb, meine Damen und Herren, bin ich in den letzten Wochen wiederholt nach Brüssel gefahren, um für eine solche neue Ausrichtung in der europäischen Industriepolitik zu werben. Es ist ein wenig vermessen, von mir heute zu fordern, über Vieraugengespräche zu berichten, aber ich will Ihnen eines sagen: Diese Gespräche haben sich zumindest für mich als Ministerpräsident dieses Landes insofern gelohnt, als der Kommissionspräsident deutlich gemacht hat, dass er die Strategie der Europäischen Kommission zu einer europäischen Halbleiterbranche befördert, die mir der Kommissar Verheugen 14 Tage vorher zugesagt hat, dass sie die Kommission spätestens im Mai vorlegen wird, um letztendlich – ob im Wirtschaftsrat oder im Wettbewerbsrat der Europäischen Union – darüber zu beraten.

Meine Damen und Herren, wenn dann die Bundesrepublik oder auch das Land Portugal die Kommission bei diesem Ansinnen unterstützen, bedarf es darüber hinaus der Zustimmung von weiteren 25 Mitgliedsstaaten, dass man bereit ist zu akzeptieren, dass es eine neue europäische Industriepolitik im Bereich der Halbleiterbranche gibt – natürlich eingeschlossen mit all den in diesem Zusammenhang stehenden Regularien, einschließlich der Beihilfepolitik.

Ich weiß, dass sich der Kommissionspräsident und auch der Industriekommissar Herr Verheugen darum bemühen, genauso wie es die Bundesregierung, namentlich die Bundeskanzlerin, aber auch ihr Wirtschaftsminister zu Guttenberg, tun, um letztendlich mit uns gemeinsam dieses Anliegen auf europäischer Ebene umzusetzen. Auch sie haben beide Aspekte im Blick, nämlich zum Ersten, uns bei der Suche nach Investoren zu unterstützen, und zum Zweiten, die europäische Industriepolitik neu auszurichten.

Ich will an dieser Stelle wiederholen, was ich draußen zu den Menschen, zu den Mitarbeitern von Qimonda gesagt habe. Dem Bund muss klar sein: Wir fordern: Das, was für Opel gilt, gilt für Qimonda allemal! Das habe ich heute auch schon von anderen gehört, und das kann ich nur unterstreichen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den
GRÜNEN und der Staatsregierung)

Aber für Qimonda gilt mehr, nämlich die Bedeutung, die ich eingangs deutlich gemacht habe, dass es sich hier um einen Industriezweig handelt, der so querschnittsmäßig mit der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Zukunft verflochten ist, dass es eben nötig ist, diesen industriepolitischen Ansatz auf europäischer Ebene umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir uns nicht für die Rettung eines maroden Unternehmens einsetzen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion:
Qimonda ist nicht marode!)

– Herr Hahn, Sie müssen zuhören. Wir sind uns einig, dass wir uns hier für etwas engagieren, von dem wir der Überzeugung sind, dass es nicht um die Rettung eines maroden Unternehmens geht; sondern es geht vielmehr um einen globalen Technologieführer, der eine große Zukunft bei uns im Freistaat Sachsen haben kann.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE, und der Staatsregierung)

Ich wiederhole, was Kollege Jurk gesagt hat: Mit den Technologien, die Qimonda entwickelt hat, ist das Unternehmen den Konkurrenten gegenwärtig um Meilen voraus. Deshalb hat auch der Freistaat Sachsen im Dezember der Muttergesellschaft Infineon angeboten, 150 Millionen Euro frisches Kapital zur Verfügung zu stellen. Die Muttergesellschaft Infineon hat diese Chance nicht genutzt, weil der Konzern entweder keine Verantwortung übernehmen konnte oder tragen wollte. Kurz danach musste Qimonda Insolvenz anmelden. Die Insolvenz kommt einem Neubeginn gleich. Es ist eine zweite Chance, nämlich die Chance, einen neuen verantwortungsvollen Investor zu finden. Deswegen verstehe ich auch die heutige Sitzung so, dass Sie die Staatsregierung, aber gleichwohl auch den Insolvenzverwalter bei dieser Suche nach einem neuen Investor unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir hier im Landtag haben alle gemeinsam großes Interesse daran, dass Qimonda diese zweite Chance nutzt. Ich sehe das auch in den Anträgen der Opposition. Bewahren wir uns diese Einmütigkeit und arbeiten wir gemeinsam für die Zukunft von Qimonda, damit die Mitarbeiter nicht den Eindruck haben, dass es ein Draußen gibt – die Mitarbeiter – und ein Drinnen, die politische Debatte; denn auf eindrucksvolle Art und Weise haben wir in den letzten Wochen gesehen: Jeder Arbeitsplatz bei Qimonda hat ein Gesicht. Das hat uns diese Kundgebung vor dem Sächsischen Landtag heute auch deutlich gemacht. Die Mitarbeiter zeigen, dass sie gemeinsam mit uns für ihr Unternehmen eintreten.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Ich hoffe, dass das, was uns ein Gewerkschaftsführer bei der Verabschiedung von Herrn Jurk und mir zum Plenum zugerufen hat, nicht zutrifft, nämlich dass wir hier angeblich viel Spaß im Sächsischen Landtag haben sollten. Dazu ist die Situation viel zu ernst. Dazu sind auch Sondersitzungen nicht geeignet.

Lassen Sie uns also gemeinsam versuchen, den Mitarbeitern und ihren Familien eine Zukunft zu geben, und unterstützen Sie uns, die Sächsische Staatsregierung, weiterhin auf diesem Weg.

Danke.

(Starker Beifall bei der CDU,
der SPD und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die zweite Runde ist noch nicht zu Ende. Die FDP hätte als Nächste die Gelegenheit; bitte schön, Herr Morlok.

Sven Morlok, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das Thema Technologie vom Ministerpräsidenten und vom Staatsminister angesprochen wurde, wollte ich noch einmal auf den Diskussionsstand eingehen, wie er momentan im Raum steht. Wir haben die Situation – so wird gesagt – einer Technologieführerschaft, und wir haben einen Investor, der sich möglicherweise engagieren möchte, weil er strategisches Interesse an einer Technologie hat. So ist es zumindest den Medien zu entnehmen. Er möchte gleichzeitig in einem Markt mit Überkapazitäten ein neues Werk bei sich zu Hause errichten.

Nun frage ich Sie: Geht es dem Investor um die Technologie oder geht es ihm um die Arbeitsplätze in Dresden? Das sollten wir uns bei dieser Frage sehr gut überlegen.

Herr Staatsminister Jurk, Sie können natürlich in einer gesellschaftlichen Struktur den dominanten Einfluss eines Investors aus China verhindern; aber Sie können doch nicht die Situation verhindern, dass mit der Technologie das Know-how nach China abfließt. Glauben Sie denn allen Ernstes, dass, wenn der Investor im Besitz des Know-hows ist, wir dann weiterhin die Arbeitsplätze in Dresden erhalten können? Die Erfahrung, der Umgang mit chinesischen Investoren lehrt uns doch das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP)

Ein letzter Punkt: Der Investor, so wie wir ihn bisher kennen, ist ein Staatsunternehmen aus der Provinz Shangdong. Diese Provinz hat 90 Millionen Einwohner, ist also größer als die Bundesrepublik Deutschland. Wenn sie wirklich ein Interesse an der Technologie haben, dann frage ich mich, warum sie nicht selbst als China, als der Staat, investieren. Das Geld sollte vorhanden sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die wirtschaftliche Lage China so hart getroffen hat, dass das ZK inzwischen pleite ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Wir eröffnen eine dritte Runde mit der Linksfraktion. Frau Lay, Sie sind schon angekündigt worden; bitte.

Caren Lay, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir jetzt zum ersten Mal in diesem Hohen Hause den Ministerpräsidenten zu diesem wichtigen Thema gehört haben. Ich freue mich auch überaus, dass er die europäische Bedeutung von Qimonda betont hat. Diese Erkenntnis scheint mir reichlich spät zu kommen – aber immerhin.

Ich hoffe nur, Sie haben das nicht deswegen betont, um am Ende die Verantwortung auf Europa abzuschieben.

Wenn wir uns die überregionalen Medien anschauen, dann muss ich einfach feststellen, Herr Tillich, dass Sie offensichtlich wenig erfolgreich darin waren, die Bedeutung des Standortes Qimonda zu kommunizieren.

In den überregionalen Medien reden alle von Opel; nur sehr wenige sprechen von Qimonda. Dazu kann ich nur sagen: Das war keine gute Lobbyarbeit für Qimonda, keine gute Lobbyarbeit für Sachsen und auch keine gute Lobbyarbeit für den Osten.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Wenn Sie wiederholt nach einem starken Investor rufen oder, jetzt, nach einem starken Insolvenzverwalter, dann kann ich nur sagen: Was wir in dieser schwierigen Phase vor allen Dingen gebraucht hätten, das wäre ein starker Ministerpräsident gewesen, und den kann ich in diesem Verfahren einfach nicht erkennen.

Außer der Vielzahl der Möglichkeiten und wirklich salbungsvollen Worte habe ich auch heute von Ihnen nichts Konkretes gehört. Das ist sicherlich nicht das, was heute angemessen wäre.

Meine Damen und Herren! Bei aller überregionalen Bedeutung geht es an dieser Stelle auch um den Standort Dresden und um den Erhalt von Arbeitsplätzen in Dresden. Hier stelle ich fest, dass auch die Verantwortungsträger der Stadt nicht viel besser waren. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Dresden hat jetzt endlich verkündet, Qimonda müsse gerettet werden. Ich werte das einmal positiv, als Zustimmung zu unserem Antrag. Ich hätte aber erwartet, dass Frau Orosz von der CDU oder auch der Dresdner Wirtschaftsbürgermeister Hilbert von der FDP heute auf der Demo ganz vorne, in der ersten Reihe, zu sehen gewesen wären. Wo waren sie heute, wo waren sie in den letzten Wochen, um die Beschäftigten zu unterstützen?

(Holger Zastrow, FDP: Arbeiten!
Nicht das, was Sie machen!)

Herr Jurk – das erkenne ich durchaus an – war gemeinsam mit den Abgeordneten der Linken da. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal würdigen. Jetzt, bei der anstehenden Abstimmung, geht es aber auch darum, an der richtigen Stelle die Hand zu heben.

Meine Damen und Herren! Wenn wir einen Blick auf die Homepage der Stadt Dresden werfen, dann lesen wir dort viele Dinge, die voller Stolz verkündet werden: Von 1 200 Firmen mit mehr als 43 000 Mitarbeitern im Bereich Mikroelektronik ist die Rede. Qimonda wird als einer der ganz Großen bezeichnet. 12 Milliarden Euro seien in Dresden allein in der Mikroelektronik investiert worden. „Silicon Saxony“ wird gepriesen.

Meine Damen und Herren! Deswegen müsste Einigkeit bestehen. Es geht jetzt um Tausende von Arbeitsplätzen, und es geht um Milliarden investierter Euro. Wir dürfen

nicht dabei zusehen, wie alle diese Dinge in den Sand gesetzt werden.

Ich muss auch ganz klar sagen: Wenn das politische Führungspersonal an dieser Stelle versagt und nichts zur Entscheidung anzubieten hat – selbstverständlich sind dann wir als Parlamentarier gefragt.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich an die Abgeordneten appellieren, die in Dresden oder im Dresdner Umland leben oder hier ihre Wahlkreisebüros haben: Kommen wenigstens Sie Ihrer Verantwortung für diesen Standort und auch für die Arbeitsplätze, die zur Rede stehen, nach und stimmen Sie gemeinsam mit Linken und Grünen für die Zukunft dieses Standortes.

Herr Zastrow, Sie sind ja auch aus Dresden. Sie wurden nicht müde, von der „staatsbürgerlichen Verantwortung“ zu schwadronieren, als es um die Bürgschaften für die Landesbank ging. Die „Stunde der Patrioten“ hätte geschlagen, hörte man Sie da raunen. Dann muss ich mich einfach fragen: Wo ist denn jetzt Ihre staatsbürgerliche Verantwortung, wenn es darum geht, die Beschäftigten von Qimonda zu retten? Gerade bei diesem Tagesordnungspunkt erwarten das natürlich die Menschen, vor allem die Dresdnerinnen und Dresdner, und rechnen mit Ihrer Stimme.

Oder nehmen wir den Abg. Rohwer. Sie sind immerhin Vorsitzender der Dresdner CDU und Dresdner Landtagsabgeordneter. Auch Ihr Engagement für diesen Standort und für Ihre Stadt kann ich an dieser Stelle einfach nicht erkennen. Frau de Haas, Herr Grapatin – viele weitere könnte man hier ansprechen.

Zu guter Letzt möchte ich auf Sie eingehen, Herr Dulig und Herr Brangs, nicht nur weil Ihre Wahlkreise gleich in der Nähe sind, sondern auch, weil Sie zum Teil durchaus Positionen vertreten haben, denen wir inhaltlich zustimmen können. Aber ich muss mich schon fragen: Wenn Sie kritisieren, dass wir hier einen Antrag gestellt hätten, obwohl hier nicht entschieden werde, dann frage ich Sie: Wo bitte schön dann, wenn nicht hier, wird darüber entschieden? Wo ist denn der Änderungsantrag, von dem Sie heute gesprochen haben, Herr Brangs? Es raunte schon durch die Gänge, dass einer käme. Bis jetzt liegt er nicht vor. Wo ist denn hier das entschiedene Handeln der Koalition? Sie hätten heute durchaus die Möglichkeit gehabt, dem Parlament einen eigenen Beschlussvorschlag vorzulegen. Dieser Verantwortung sind Sie bislang nicht nachgekommen.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Meine Damen und Herren! Es ist heute schon mehrfach zitiert worden: „Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht.“ – Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Qimonda am Dresdner Werk plakatiert. Sie haben heute hier die Möglichkeit, jedem dieser ganz konkreten Menschen wieder eine Perspektive zu geben.

Noch etwas anderes war heute Morgen auf einem Plakat zu lesen: „Verantwortung tragen heißt Entscheidungen treffen“. Sie werden jetzt die Möglichkeit haben, Ent-

scheidungen zu treffen. Ich bitte Sie nachher um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der Linksfraktion und des Abg. Michael Weichert, GRÜNE)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Meine Damen und Herren! Nur noch eine Fraktion hat Redezeit. Diese Fraktion weiß das. – Die Redezeit wird nicht genutzt. Danke schön.

Damit kommen wir zu den beiden Schlussworten.

Wir beginnen mit der Linksfraktion. Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was der Ministerpräsident hier vorgetragen hat, waren nette, wohlfeile Worte. Aber er ist im Kern die Antwort wieder schuldig geblieben. Sie, Herr Ministerpräsident, sagen: Ein Investor muss das Fundament legen. – Das Problem besteht doch darin, dass sich kein Investor finden wird, wenn nicht der Freistaat vorher eindeutig seine Bereitschaft signalisiert, auch durch eine Beteiligung für das Unternehmen und den Standort zu garantieren. Das ist die entscheidende Frage, und dazu haben Sie nichts gesagt.

(Beifall bei der Linksfraktion)

Herr Präsident, ich möchte gern noch etwas zu den Ausführungen von Martin Dulig und Stefan Brangs sagen. Das war eine ziemlich schwache Vorstellung und teilweise einfach peinlich.

(Stefan Brangs, SPD: Was?)

Wenn Sie uns wegen der Einberufung einer Sondersitzung kritisieren, dann hätten Sie vielleicht auch dem Landtag und der Öffentlichkeit mitteilen können, wann Sie das letzte Mal einen Dringlichen Antrag der Opposition auf die Tagesordnung gelassen haben. Das ist Jahre her! Sie wissen ganz genau, dass das nicht passiert.

Wir haben gehandelt, als der Insolvenzverwalter erklärt hat, zum 1. April die Schotten dicht zu machen. Darauf haben wir reagiert, weil eine Sondersitzung die letzte Möglichkeit war, zu einer Entscheidung des Landtages zu kommen.

Ich verstehe auch nicht, Herr Flath, wenn Sie sagen, für eine Entscheidung sei es jetzt zu früh. Wie lange wollen Sie denn noch warten? Am 31. März, in zwölf Tagen, gehen bei Qimonda die Lichter aus. Insofern müssen wir eine Entscheidung treffen. Deshalb ist auch der Antrag jetzt genau zum richtigen Zeitpunkt erfolgt.

Herr Flath, Sie haben weiter gesagt – mit einem etwas verunglückten Bild –, der Staat sei so etwas wie ein Schiedsrichter und müsse sich heraushalten. Ich sage: Der Staat ist handelnder Akteur und hat auch einen wirtschaftspolitischen Auftrag. Auch der Sächsische Landtag hat den Auftrag, sich in einer solchen Frage zu positionieren.

Im Übrigen gab es in der gesamten Debatte nur einen einzigen Redner, der den Ministerpräsidenten als „Pro-

vinzpolitiker“ bezeichnet hat – das waren Sie, Herr Kollege Flath. Wenn Sie nachlesen, werden Sie feststellen, dass ich in meiner Rede von der „wirtschaftspolitischen Provinzialität“ des Ministerpräsidenten gesprochen habe. Das ist dann doch noch ein kleiner Unterschied.

(Beifall bei der Linksfraktion – Lachen bei der CDU)

Schließlich und letztlich: Ich glaube, wir brauchen eine klare Entscheidung. Wir brauchen ein politisches Signal, dass der Freistaat Sachsen bereit ist, bei Qimonda Verantwortung durch eine Minderheitsbeteiligung zu übernehmen.

Ich teile die Position von Frau Hermenau, dass sich der erste Punkt erledigt hat. Wir brauchen also nur über Punkt 2 abzustimmen, und zu diesem bitte ich alle ganz herzlich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der Linksfraktion)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Hermenau, möchten Sie noch sprechen? – Bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Der Punkt 1 ist, wie gesagt, erledigt. Der Punkt 2 steht noch zur Debatte; über diesen muss abgestimmt werden.

Er ist meiner Meinung nach eine Art Ermächtigungsbeschluss, bei dem das Parlament Sie unterstützen soll. Das steckt eigentlich da drin. Er ist sehr offen formuliert. Sie haben hier mit ideologischen Nebelkerzen herumgeworfen, aber ich trage es noch einmal zur Sicherheit vor – Zitat –: „im Wege einer zeitlich befristeten Übergangslösung eine unmittelbare oder mittelbare Minderheitsbeteiligung des Freistaates Sachsen an Qimonda oder an dessen Nachfolgeunternehmen für den Fall vorzusehen“ usw. „gerettet werden kann.“

Es ist eine Vielzahl von Optionen möglich mit diesem Text, den wir in Punkt 2 festgelegt haben. Es ist überhaupt nicht so, dass es nur darum geht, es gebe nur den einen Weg der direkten Firmenbeteiligung von 25,1 %, sondern es sind viele Optionen in diesem Beschlussentwurf. Es wäre eine klare Positionierung in der sächsischen Landespolitik, die helfen würde, Ihre Vorhaben zu unterstützen. Das ist jedenfalls meine Meinung.

Sie haben hier von Gemeinsamkeit gesprochen, Herr Ministerpräsident, vom gemeinsamen Anliegen. Sie haben Geschlossenheit gefordert, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Meiner Meinung nach setzt Geschlossenheit Entschlossenheit voraus. Diese bieten wir Ihnen heute an.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Um diesen Punkt 2 geht es. Die NPD-Fraktion hat dazu einen Änderungsantrag. Herr Dr. Müller, Sie bringen ihn ein.

Dr. Johannes Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der heutigen Sitzung liegt ein gemeinsamer Antrag der Linken und der GRÜNEN zugrunde. Einen großen Wurf stellt dieser Antrag aus Sicht der NPD-Fraktion allerdings nicht dar.

In Punkt 1, der für erledigt erklärt worden ist, wird lediglich Auskunft begehrt. Die Berichterstattung der Staatsregierung über die diversen Gesprächsergebnisse ist un widersprochen erwünscht und auch erfolgt, sollte allerdings sowohl für die Staatsregierung als auch für ein Parlament, das eine gewisse Selbstachtung hat, eine Selbstverständlichkeit sein.

Aber auch der Punkt 2 des Ursprungsantrages mutet sehr zaghaft an. Man spricht von Übergangslösung und beschränkt sich auf eine mögliche Minderheitsbeteiligung. Beim Lesen dieses Antrages stellte sich uns als NPD-Fraktion die Frage, ob es den Antragstellern wirklich um die Rettung eines schlüsseltechnologisch relevanten Unternehmens und seiner Beschäftigten oder um die Unverletzlichkeit marktwirtschaftlicher Dogmen geht.

Dabei wundert man sich insbesondere, dass selbst den vorgeblichen Sozialisten der SED-Nachfolgepartei hier im Hause die ordnungspolitische Courage fehlt.

Aber auch meine Damen und Herren der Staatsregierung, Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister Jurk: Wenn Sie es ernst meinen mit der nicht nur in technologischer Hinsicht systemischen Bedeutung von Qimonda für Silicon Saxony, dann muss entweder der Freistaat Verantwortung übernehmen, um die geschaffenen Werte und Strukturen zu erhalten, oder Sie müssen eingestehen, dass die ganze diesbezügliche Förderpolitik, also die Leuchtturmpolitik der CDU, ein wirtschaftspolitischer Fehler war.

(Beifall des Abg. Peter Klose, NPD)

Die NPD-Fraktion solidarisiert sich jedenfalls mit den Beschäftigten von Qimonda und dessen Zulieferbetrieben. Sie spricht sich für den Erhalt dieser Schlüsseltechnologie aus und hat nicht zuletzt auch den Einsatz vergangener Fördermillionen im Bewusstsein. Von daher hat meine Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht, der zum Ziel hat, Qimonda nachhaltig und nicht nur als Übergangslösung zu retten; und zwar auch dann, wenn der Freistaat längerfristig über den Status eines Minderheiteneigners hinausgehen müsste, gegebenenfalls mit anderen staatlichen Partnern wie der Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Portugal.

Der panischen Angst der Staatsregierung, dass es keinen VEB Qimonda geben darf, entspricht der nationaldemokratische Vorschlag, die Zulieferbetriebe als Anteilseigner

mit ins Boot zu nehmen. Jahrelang wurden Sie nicht müde, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, von Clustern zu sprechen. Da frage ich Sie, warum Sie selbige Konzeption nicht im Falle von Qimonda zur Rettung dieses Unternehmens in Betracht ziehen wollen. Dadurch wäre auch gewährleistet, dass der notwendige Sachverstand mit eingebunden wäre und nicht allein der Staat als Unternehmer im Marktgeschehen auftreten müsste.

Meine Damen und Herren! Seien Sie wenigstens einmal in dieser Legislaturperiode innovativ und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Möchten Vertreter der Fraktionen zu dem Änderungsantrag Stellung nehmen? – Die Staatsregierung? – Dann stimmen wir jetzt über den Änderungsantrag ab. Ich nenne noch einmal die Drucksachenummer. Wir stimmen ab über den Antrag der NPD-Fraktion Drucksache 4/15072. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Die Enthaltungen! – Bei keiner Enthaltung und einer Reihe von Zustimmungen ist der Änderungsantrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

(Zuruf)

– Es gab eine Enthaltung, Entschuldigung.

Die einreichenden Fraktionen haben den ersten Teil für erledigt erklärt. Wir stimmen jetzt nur noch über den zweiten Teil der Drucksache 4/15046 ab. Bei Zustimmung bitte ich um Ihr Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Die Enthaltungen! – Bei einer Enthaltung und einer großen Anzahl von Jastimmen ist der Antrag dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Am vergangenen Freitag hatte ich nicht die Gelegenheit, Ihnen ein schönes Ostern zu wünschen.

(Heiterkeit)

Gut, dass es so war, denn jetzt kann ich es in aller Ruhe tun. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes Ostern.

Wir sehen uns wieder am 13. Mai 2009 um 10:00 Uhr in diesem Raum. Bis dahin alles Gute!

(Schluss der Sitzung: 14:25 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488